
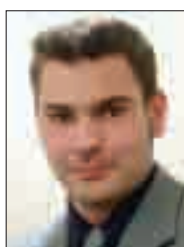


Jugendgewalt ist Multi-Kulti!

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15



11. März 2007:
Burgdorf,
Adrian Wyss (SD)



Adrian Wyss,
Vizepräsident
SD-Kantonalverband
Bern und
SD-Gemeinderatskandidat
Burgdorf

Mit Besorgnis muss beobachtet werden, dass vermeintlich und tatsächlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten nicht nur in meiner Heimatstadt Burgdorf instrumentalisiert werden, um die heimatstreuen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen oder ihnen zumindest schwer zu schaden.

Jede Form von Gewalt gegen Personen und gegen Sachen, gleichgültig, aus welchem Motiv sie verübt wird, muss uneingeschränkt verurteilt werden. Politisch motivierte Gewalttaten dürfen in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

liegt ausschliesslich beim Staat, der deshalb wieder in die Lage versetzt werden muss, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Einwohner zu gewährleisten. Für politisch motivierte Gewalt gibt es keine Legitimation, gleichgültig, von welcher Seite des politischen Spektrums sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten sind daher ohne jegliche Einschränkungen oder Verkürzun-

gen auf Teile des politischen Spektrums zu verurteilen.

Keine Tabuisierung der Zuwanderung

Das Thema «Ausländer» und «Zuwanderung in die Schweiz» darf nicht tabuisiert werden. Die Behauptung, Kritik an der Massenzuwanderung diene politischen Gewalttätern als willkommenes Stichwort, läuft auf die Tabuisierung eines für die Zukunft der Schweiz existentiellen politischen Themas hinaus. Auch in Zukunft soll das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch genommen werden dürfen und auf die gravierenden Fehlentwicklungen hinwiesen werden, die eine ungewollte und unregulierte Zuwanderung in die kleine Schweiz mit sich bringt.

Keine Aufwertung von Linksextremisten

Mit Empörung muss zur Kenntnis genommen werden, dass im gleichen Mass, wie konservative Strömungen in der Schweiz insbesondere durch die Medien gesellschaftlich «geächtet» werden, linksextremistische Kräfte unter dem Sammelbegriff «antifaschistischer Widerstand» politisch aufgewertet werden und mehr dem «demokratischen Lager» zugerechnet werden.

Mit aller Schärfe muss Front gegen den von Medien und Linksparteien erzeugten Eindruck, Gewalt sei eine typische Erscheinungsform «rechtsextremer Gesinnung» gemacht werden. Richtig ist vielmehr, dass die Gewaltkriminalität insgesamt in der Schweiz ein beängstigendes Mass angenommen hat. Insbesondere zu verurteilen ist die Verkürzung der laufenden Diskussion über Gewalt in der Gesellschaft auf «rechtsextreme Gewalt», weil dies von zahlreichen Ursachen der Gewaltentstehung ablenkt. Verurteilenswert ist auch der Versuch, im Rahmen einer



Schweizer Kinder braucht das Land!

© Aktion «Helfen statt töten» und Schweiz. Weisses Kreuz, 5724 Dürrenäsch, Foto: Frédéric Giger

Kampagne «gegen Rechts» den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass Gewalttaten nur oder überwiegend aus einer nicht näher definierten «rechten Gesinnung» verübt würden.

Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»

Gewalt ist kein «rechtes» Phänomen. Die Gleichsetzung von Gewalt und «Rechts» dient ausschliesslich der Stigmatisierung des politischen Spektrums rechts der Mitte. Die Schweiz sieht sich

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Geburtenschwund bedroht Schweiz
- 5 Die Freiheit ist in akuter Gefahr
- 7 Bernhard Hess – ein erfolgreicher Nationalrat
- 8 Setzt die Verwahrungsinitiative um!
- 16 Das 60-Milliarden-Geschäft
- 11 Geschichte des Nahen Ostens

Jugendgewalt ist Multi-Kulti!

Fortsetzung von Seite 1

seit Jahren mit einem deutlichen Anstieg brutaler Gewaltkriminalität konfrontiert, innerhalb derer «rechtsextremistische Gewalt» einen verschwindend kleinen Anteil einnimmt. Diese Feststellung soll keineswegs rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten relativieren, sondern belegen, dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Institutionen bedarf, um den besorgniserregenden Anstieg der Gewaltkriminalität einzudämmen.

Keine Diskussion über Gewaltzunahme?

Alle gesellschaftlichen Institutionen sind zu einer Initiative mit dem Ziel zusammenzuschliessen, die Gewaltkriminalität in der

Schweiz, der immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fallen, zurückzudrängen. Wer Gewalt nur bestimmten, politisch nicht genehmen Gruppierungen zuschreiben will, der verharmlost die in der Schweiz schwelende Gewaltproblematik auf unverantwortliche Art und Weise. Vielmehr ist eine offene und ohne Tabus geführte Erörterung sämtlicher Ursachen für die Gewaltzunahme in der Schweiz zu führen. Nur so könnten Möglichkeiten zu deren effektiver Bekämpfung gefunden werden.

Keine Scheuklappen

Ohne Scheuklappen ist eine umfassende Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt zu führen. So darf beispielsweise der negative Einfluss von Gewaltdarstellungen in Medien, vor allem auf junge Menschen, nicht

**Erste Hilfe – politisch korrekt**

ausgeblendet werden. Ferner ist dem offensichtlichen Werteverlust durch eine Bildungspolitik entgegenzuwirken, die dem jungen

Menschen die Bedeutung von Heimat, Tradition, Familie und Kultur deutlich macht und damit identitätsstiftend wirkt.

Adrian Wyss für mehr Sicherheit

Die Schweizer Demokraten (SD) wollen in Burgdorf eine echte Volkswahl ermöglichen und steigen mit ihrem Präsidenten Adrian Wyss ins Rennen um den frei wählenden Gemeinderatssitz.

Adrian Wyss, geb. 9. Juni 1979, ist in Burgdorf aufgewachsen, wo er sämtliche Schulen durchlief und eine Schreinerlehre absolvierte. Seit drei Jahren behauptet er sich als erfolgreicher Jungunternehmer. So ist er Inhaber der Schreiner-Zimmerei Wyss in Burgdorf. Er ist glücklich verheiratet. Seit 2004 amtiert Adrian Wyss als Präsident der Regionalsektion Emmental/Oberaargau der Schweizer Demokraten (SD) und ist erster Ersatzkandidat für den Berner Grossrat.

«Frühlingsputzete» für Burgdorf

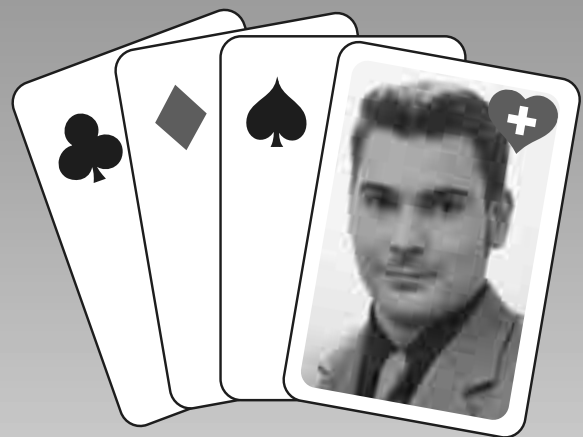
Adrian Wyss will ein sicheres und sauberes Burgdorf. Entschieden

setzt er sich für die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung im öffentlichen Raum ein. Vor allem Frauen und ältere Menschen sollen sich auch nachts wieder auf die Strasse trauen. Gewalt auf Pausenplätzen an den Schulen will er konsequent eindämmen. So befürwortet er auch ein Handyverbot an Burgdorfer Schulen. Gegen Sprayer und Vandalen muss mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgegangen werden. Sprayereien, vor allem an den Sandsteinmauern in der Oberstadt, sollen unverzüglich entfernt werden. Abgeguckt in Australien, befürwortet er für Burgdorf einen «Clean up day», an dem mit Freiwilligen die Stadt an einer «Frühlingsputzete» vom angesammelten Unrat gereinigt werden soll. Für gemeinnützige Arbeiten sollen künftig auch Arbeitslose und Ausgesteuerte beigezogen werden. Adrian Wyss setzt sich zudem für gesunde Stadtfinanzen ein. Er wendet sich gegen mögliche neue Steuer-, Gebühren- und Taxerhöhungen. Als Kleingewerbler ist ihm zudem das Gewerbe ein zentrales Anliegen. Die SD sind der festen Überzeugung, mit Adrian Wyss einen unabhängigen und integren Politiker zu portieren, der nach den negativen Schlagzeilen den Burgdorfer Filz aufbricht und somit im kommenden März auch eine politische Frühlingsputzete bewirken könnte.

*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident (politischer
Ziehwater von Adrian Wyss*

Burgdorf braucht wieder

- **Sicherheit**
- **Sauberkeit**
- **Ehrlichkeit**

**Jetzt ist Herz Trumpf!**

Adrian Wyss **SD** 
in den Gemeinderat **Schweizer Demokraten**

Anzeige

**Buchhaltungen
Steuererklärungen**

– **Private** – **Geschäfte**
Gründungen (GmbH/AG)
Ersachen

Betriebsberatung + Treuhand**Friedrich Auf der Maur**

Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

Geburtenschwund bedroht Schweiz

Geburtenschwund, internationaler Neofeudalismus, neue Armut



Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

Die alten Probleme der Schweiz sind zwar geblieben: umfassende Überfremdung, einwanderungsbedingte Überbevölkerung, Überindustrialisierung, dadurch örtliche Überlastung des Lebensraumes, sogar dessen Zerstörung, zunehmende Verbauung von Erholungsgebieten, Landwirtschaftszonen und urtümlichen Naturlandschaften, Ausbreitung von Drogensucht, usw. Dabei ist die Überbevölkerung schlimmer als die Überfremdung, weil sie nur schwer rückgängig zu machen ist. Bei der Überfremdung gibt es immerhin noch Integration und Assimilation. Doch sind neue Schwierigkeiten hinzugekommen: Geburtendefizit der Einheimischen, Zerfall der Familien, gewalttätige Jugend, Schwund des Mittelstandes durch Neofeudalismus und neue Armut! Die Bundesratsparteien wollen es nicht wahrhaben und fahren in ihrem alten Trott weiter.

Vergessene Wohnungsnot

Auch die SVP behauptet, alles in der Schweiz sei bis Ende der Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts wunderbar gelaufen. Die Probleme seien erst dann entstanden. Leider hat die jüngere Generation keine Ahnung mehr von den Missständen in der Schweiz während den Fünfzigern und Sechzigern, sonst könnten nicht derartige Behauptungen in die Welt gesetzt werden! Zum Beispiel herrschte damals eine schlimme Wohnungsnot. Im Unterschied zu heute, wo ein Bauboom herrscht – auch auf dem Wohnungsmarkt! – und die Einwanderer einen Teil des Geburtendefizits der Einheimischen decken, wies die ansässige Bevölkerung damals eine völlig normale Geburtenziffer auf. Sie war sogar geradezu ideal; denn auf der einen Seite erzeugte sie kein Bevölkerungswachstum, auf der andern starben die Schweizer auch nicht aus wie heutzutage! Die Altersversorgung, die nicht nur eine finanzielle Frage ist, war gesichert. Das ganze demografische Elend mit den Verzerrungen zwischen Jung

und Alt wurde erst durch eigentliche Einwanderungswellen ausgelöst, über hunderttausend Personen im Jahr auf dem Höhepunkt! Sonst hätte der Volksaufstand gar nicht stattfinden können, aus welchem die Nationale Aktion entstanden ist. Dass die NA bei ihren Volksinitiativen nie die Mehrheit erreichte, hat nichts damit zu tun, dass diese Mehrheit die Missstände nicht eingesehen hätte! Nein, es hing einfach damit zusammen, dass der Bundesrat den Bürgern versprach, er werde von der Einwanderungspolitik ablassen, und sie so anlog. Er hat sein Versprechen nie gehalten! Das sind zwar alte Geschichten, aber ihre Kenntnis ist unentbehrlich, will man die heutigen Schwierigkeiten verstehen. Demografische Entwicklungen sind eben langfristige Phänomene. Sie übersteigen namentlich das Denken in Legislaturperioden!

Seither geht die un gute Entwicklung fast ungebremst weiter. Unbeirrt wird immer noch «Wachstum» als Schlüssel zur Lösung aller Probleme gepredigt! Dabei wird die Behauptung, Wirtschaftswachstum lasse sich von einem wachsenden Energieverbrauch abkoppeln, nirgends bewiesen. Dass es sich von Bevölkerungswachstum abkoppeln liesse, wird nicht einmal behauptet. Jahrelang wurde die Schweizer «Wachstumsschwäche» beklagt; plötzlich finden Kommentatoren, die Wirtschaft laufe wieder rund. Unterdessen verharrt die Arbeitslosenziffer als Sockelarbeitslosigkeit allerdings ungefähr auf demselben Stand. Kunststück, wurde doch freie Einwanderung aus dem EU-Raum vereinbart! Ist es nicht etwa so, dass die «Wachstumsschwäche» der Normalzustand war, wir heute aber wieder in eine Phase der Konjunkturüberhitzung mit all ihren Nachteilen eintreten?

Bedrohte Altersversorgung

Zwar wird jetzt über das Problem der ungenügenden Geburtenzahl auch öffentlich gesprochen. Lange wurde es unter dem Deckel gehalten. Es hat sich ja schleichend seit den letzten Siebzigerjahren, also schon lange entwickelt! Inzwischen ist das Geburtendefizit der Schweizer zu dem die Nation am meisten bedrohenden Szenario geworden, denn es bedroht die Altersversorgung, und ewig wird man wegen der Überbevölkerung die Lücken auch nicht mittels Einwanderung schliessen können!



Überfremdung total.

kerung die Lücken auch nicht mittels Einwanderung schliessen können!

Erst als die Revision des Strafgesetzes im Hinblick auf eine Erleichterung des Schwangerschaftsabbruchs unter Dach und Fach war, wurde offen darüber geredet. So wurde die öffentliche Meinung manipuliert. Zwar ist es richtig, dass Probleme mit der Natalität nicht nur mit Leichtsinn in Sachen Schwangerschaftsabbruch zu tun haben. Zum Beispiel hat eine massive Einbusse der männlichen Fruchtbarkeit stattgefunden, übrigens in allen hoch industrialisierten Staaten. Vermutlich hängt sie mit der Umweltverschmutzung zusammen. Eine nationale Studie bearbeitet zurzeit die Frage bei Schweizer Rekruten und hat Geldnöte. Die Studie ist völlig überflüssig, weil sie in andern industrialisierten Ländern längst vorgenommen wurde. Ich habe in meinem Buch («Biopolitik. Der Mensch in der Zerreihsprobe zwischen Alt- und Neuhirn», Seiten 385 und 386) bereits 2001 darauf hingewiesen!

Scheinbar gibt es einen Widerspruch zwischen der relativ hohen, zum Teil versteckten Arbeitslosenziffer unter den jüngeren Jahrgängen und der tiefen Geburtenziffer. Der Widerspruch ist aber wirklich nur scheinbar. Wer auf diesen angeblichen Widerspruch hinweist, vergisst den Familiennachzug! Es besteht ein Zustrom junger Ausländer, der in den Schweizer Geburtenziffern nicht erfasst wird, weil diese im Ausland geboren wurden! Es sind

ausgerechnet diejenigen, die auf dem Schweizer Arbeitsmarkt die grösste Mühe haben, weil sie die einheimischen Sprachen nicht verstehen und nur eine minimale Vorbildung mitbringen!

Verzerrte Sozialstruktur

Aber nicht nur Spannungen zwischen Einheimischen und Ausländern, einschliesslich schlecht integrierter Eingebürgerte, nehmen zu, sondern allgemein zwischen Arm und Reich. Früher war die Sozialstruktur der Schweiz ausgeglichen, das heisst der Abstand zwischen Arm und Reich massvoll. Das ist seit Einführung des so genannten Neoliberalismus vorbei. Oben ist eine Oberschicht im Sinne einer in sich geschlossenen, international ausgerichteten Kaste von im Volksmund «Abzocker» genannten Wirtschaftsführern mit Rieseneinkommen entstanden, die auch noch steuerlich privilegiert werden; sie trafen sich soeben in Davos! Unten eine Schicht von so genannten «working poors» und Sozialhilfebezügern. Dazwischen ein Mittelstand, der immer mehr in den Sandwich kommt und wie eine Zitrone ausgepresst wird, weil er weder Steuerprivilegien geniesst noch Sozialhilfe bezieht, sondern im Gegenteil als sozialer Lastesel funktionieren muss. Die Zeit ist vorauszusehen, da es nur noch reiche und arme Leute geben wird. Immer mehr setzt sich das amerikanische «the winner takes all» durch! Der Zustand kann nur noch als neuer Feudalismus bezeichnet

Geburtenschwund bedroht Schweiz

Fortsetzung von Seite 3

werden, ähnlich den Verhältnissen, wie sie herrschten, als eine dekadente internationale Aristokratie noch nicht gestürzt war. Auch die Demokratie hat Schaden genommen, indem ein «Globalisierung» genanntes Netz internationaler Verträge entstanden ist, das den gesetzgeberischen Freiraum für das Stimmvolk als angeblichen Souverän immer mehr einschränkt und von ihm unbeeinflussbar ist. Immer häufiger kommen die Juristen und sagen, dieser oder jener Entscheid sei nicht möglich, denn er widerspreche dem Völkerrecht. Demokratie ist nämlich nur auf nationalstaatlicher Ebene möglich (Siehe auch Jean-Marie Guéhenno: La fin de la démocratie; Flammarion Paris 1993; auf deutsch: Das Ende der Demokratie; München/Zürich).

Anzeige

Maria Rickenbach Wallfahrts- und Ferienort



Wer spendet?

Die Wallfahrtskirche Maria Rickenbach benötigt dringend Spenden für die Renovation der Kirche und des Pilgerhauses. Diese Kirche geniesst keine staatliche Unterstützung.

Im 2002 haben die SD in dieser Kirche die traditionelle 1.-August-Feier durchgeführt.

Auskunft, Prospekt und Einzahlungsscheine bei Toni Bottinelli, Trottenstr. 21, Postfach 112, 8037 Zürich

Tel. 044 272 61 19, 079 678 20 32
www.bottinelli.ch



Und ewig droht der Baggerzahn...

Ohnehin ist die so genannte Globalisierung keine echte, sondern ein weltweiter US-Imperialismus.

Internationalisierte Achse

Tragisch für die Entwicklung unserer Gesellschaft ist, dass alle Bürger, die gegen diese gefährlichen und auch krankhaften Erscheinungen politisch opponieren, als «Rechtsextreme» (oder «Rechtsausen»), sogar als nazihafte verleumdet werden. Dabei lässt sich

leicht nachweisen, dass diese Kategorisierung falsch ist. Zum Beispiel war der Hauptvorwurf des Anführers der Offiziersfronde gegen Adolf Hitler, der am 20. Juli 1944 hingerichtete und im Nachkriegsdeutschland als Held gefeierte Generalstabsobers Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der Nationalsozialismus bevölkerte Deutschland mit fremdländischen Zwangsarbeitern, während die Jugend des deutschen Volkes an der

Front verblute. Stauffenberg war, wenn man es genau nimmt, ein früherer Warner gegen die bevölkerungsmässige Überfremdung und also nach heutiger Sprachregelung ein «Rechtsextremist», nämlich ein Bürger, der auf der Rechts-Links-Skala weiter rechts stand als Hitler! Dabei war der 20. Juli in Westdeutschland lange ein Feiertag! Der deutsche NS war zu jener Zeit längst nicht mehr deutsch-national, sondern hatte sich internationalisiert! An der Ostfront kämpften nicht nur Deutsche, auch Franzosen, Belgier, Niederländer, Dänen, Norweger, Letten, Kroaten, Rumänen usw., ja auch Schweizer, sogar Ukrainer und Russen gegen die Sowjetunion. Die Armeegeneral Andrej Wlassow ist heute weitgehend vergessen. Wenn man schon von Rechtsextremen sprechen will, dann von Leuten, welche die Rieseneinkommen der heutigen Wirtschaftsführer rechtfertigen!

Nach dem Krieg konnten die Wirtschaftsführer mit dem Import von Fremdarbeitern bald fortfahren. Selbstverständlich besteht ein gewisser Unterschied zwischen den Zwangsarbeitern der Kriegszeit und den Fremdarbeitern der Nachkriegszeit. Aber geistig war das Terrain vorbereitet! Übrigens ist der später eingeführte Begriff «Gastarbeiter» ebenfalls verlogen! Gäste gehen nämlich wieder nach Hause.

In Wirklichkeit waren so genannte «Gastarbeiter» schon immer Einwanderer!

Gewalt zu Jahresbeginn!

(Zu den unzähligen Kurzberichten über brutale Angriffe durch Jugendliche)

Basel, Lausanne, Zürich, Aarau, Bern oder Thun-Gwatt waren über die Jahreswende einige der vielen Schauplätze skrupelloser und gewaltvoller An- und Übergriffe auf Passanten, Buschauffeure oder gleichaltrige Kollegen. Wie schon bei den zahlreichen brutalen Sexualdelikten im vergangenen Jahr, sind praktisch sämtliche eruierte Täter ausländischer Herkunft. Auch die zahlreichen polizeilichen Interventionen bei Streitigkeiten in Familien oder Randgruppenansammlungen zeigen das gleiche Bild bei den jeweiligen Täterschaften.

Es wird im Wahljahr besonders wichtig, nicht bloss mit emotionaler Fremdenfeindlichkeit und primitiven Stammtischrunden dieses gravierende Problem hochzuheben

und auszuschlachten. All die aktiven und neu kandidierenden Politiker(innen), Parteipräsidenten oder sozialen Organisationen sollten den Fakten offen ins Gesicht schauen und gemeinsam nach Lösungen ringen. So, wie das alte Jahr zu Ende ging und das neue begann, darf es nicht weitergehen! Die Medien dürfen das Faktum der hohen Ausländerkriminalität nicht weiter tabuisieren, verharmlosen und beschönigen. Die Zeitungsredaktoren, mit ihren täglichen gesellschaftspolitischen Berichten, müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Medien sind und bleiben eine grosse «Macht» in der künftigen Gesellschaft. Statt bei unbeliebten Politikern oder Parteien ständig nach «dem Haar in der Suppe» zu suchen und daraus zentimeterdicke Schlagzeilen zu machen, sollten die Journalisten mithelfen und of-

fen über die zunehmende Gewalt berichten und nach Abhilfe mitringen. Die, in der Schweiz, 0.002% gewaltbereiten Jugenddemonstranten, die sich, wie in Grenchen, gegenseitige Saubannerzüge mit Sachbeschädigungen liefern, sind dazu keine Lösungsansätze. Mit den jeweiligen Schlagzeilen über solche Anarchistenumzüge werden die Randalierer und Schläger bloss weiter ermuntert! Integrationsanstrengungen sind bestimmt ein wichtiger Teil, um mit soviel verschiedenen Kulturen nicht vermehrt in anarchistische Zustände zu gelangen. Wer aber unsere Rechte und Pflichten mit Füßen tritt, muss härter angefasst und bestraft werden. Eine unabdingbare Voraussetzung für ein anständiges Zusammenleben zwischen und mit einheimischen und zugewanderten Menschen und deren Kulturen!

Rolf Bolliger, Orpund

Die Freiheit ist in akuter Gefahr!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Dass die Freiheit des Schweizer Volkes akut gefährdet ist, zeigen

• der beschämende Kniefall der offiziellen Schweiz in der Krise der 90er Jahre, welche durch die masslosen, verleumderischen Angriffe des JWC ausgelöst wurde. Es war die Reaktion eines rückgratlosen Bundesrates auf die Zumutungen des Grosskapitals und einer globalisierungswütigen Elite, die aufrechte Patrioten zur Verzweiflung trieb.

• die zunehmende Einflussnahme Brüssels auf unsere innerstaatliche Gesetzgebung;

• die schrittweise Zerstörung der schweizerischen Milizarmee mit ihrer Aufgabe zur Verteidigung des eigenen Territoriums und der Sicherung des Friedens und deren Umwandlung zu einem Modul der imperialistisch aggressiven NATO (via PFP) und damit klarer Verrat des klaren Auftrages gemäss Bundesverfassung Art. 58;

• die überbordende Anwendung des Rassismus-Artikels StGB Art.

261 bis unter dem Druck der Israel-Lobby und der Xenophilisten und Wachstumsfetischisten (die zur Absicherung ihrer Geschäfte den Untergang des Schweizertums und der Schweiz als selbstständige Nation freudig in Kauf zu nehmen gewillt sind).

• die Repressionswelle gegen politisch wache Kreise, die sich gegen die obrigkeitlich verordnete Selbstaufgabe wehren (siehe Interpretation der Rütli-Feiern der letzten Jahre).

Erinnerungen an die 60er und 70er Jahre

Alles begann, als sich konservativ (= bewahrend) denkende Kreise gegen die überbordende Einwanderung mit (man merke sich dies gut!) demokratisch einwandfreien Mitteln zu wehren begannen. Eine erste Initiative gegen die Überfremdung durch die Zürcher Demokraten führte zu einem derartigen Druck auf ihren Vertreter im Nationalrat und das Initiativ-Komitee, dass letzteres die Initiative 1968 wieder zurückzog. Das löste die Lancierung einer neuen Initiative der damaligen Volksbewegung gegen die Überfremdung von Volk und Heimat aus. Diese Gruppierung war zu jenem Zeitpunkt durch James Schwarzenbach im Nationalrat vertreten; deshalb die spätere Bezeichnung «Schwarzen-



Dürfen sich offensichtlich alles leisten: Vermummte linke Chaoten.

bach-Initiative». Diese wurde in rekordverdächtiger Zeit dem Volk zur Abstimmung unterbreitet und gleichzeitig eine nie dagewesene Diffamierungskampagne gegen die Initianten und alle Befürworter losgetreten.

Trotzdem stimmten fast 49% des Schweizer Volkes bei sehr hoher Stimmbeteiligung dem Begehren zu.

Und ab diesem Zeitpunkt waren alle Vertreter der Nationalen Aktion – der Trägerin des Kampfes gegen die überbordende Einwanderung – als Faschisten, Blut-und-Boden-Politiker und Ausländerhasser abgestempelt.

Die Angst, den Wachstumskurs der Wirtschaft wegen Arbeitskräftemangel nicht ungebremst weiterführen zu können, war offenbar so gross, dass alle andern Überlegungen ausgeblendet wurden.

So wurde 1971 auch gegen den Schreibenden ein De-facto-Berufsverbot verhängt, da er sich 1971 für die NA in den Nationalrat wählen lassen. Ein Verbot, das ihn 1979 dazu «zwang», als «freier Bauer» ins Tessin zu ziehen.

Die Familie musste ebenfalls unter dem Rufmord leiden, und noch 1974 – im Umfeld der Abstimmung der weiteren Überfremdungsinitiativen – mussten der Schreibende und seine Familie längere Zeit Polizeischutz beanspruchen, da Todesdrohungen schriftlich und telefonisch eingegangen waren.

Und die ganze Zeit hatten weder die Nationale Aktion noch ich selbst je gegen die demokratischen Spielregeln verstossen.

Noch heute kann das politische Programm der NA, der heutigen SD, als höchst wertvoll für die Lösung der immer akzentuierter wer-

denden Probleme der Überbevölkerung, Überfremdung und der Umweltzerstörung bezeichnet werden. – Es war und ist weder «rechts», noch «links» – sondern zukunftssträchtig «vorne»!

In der Zwischenzeit hat sich die NA in SD umgetauft – den üblen, unbegründeten Vorwurf des Rechts-Extremismus ist sie trotzdem nicht losgeworden. Es ist eben ein **Totschlag-Argument!**

Dann kam die Globalisierungswelle – mit dem Ziel, die Nationen einzuebnen, zu amerikanisieren!

Dann kam die Diskriminierung der bürgerlichen Schweiz durch Bronfmann, Eizenstat, Singer, Fagan, Burg, d'Amato und Konsorten!

Und der Bundesrat knickte fast widerstandslos ein – nicht zuletzt unter dem Druck linker Kreise des Inlands. Stichworte: Adolf Muschg, Jean Ziegler und die linke Parteiprominenz!

Und dann wurde das Schweizervolk einmal mehr über den Tisch gezogen und ihm der Anti-Rassismus-Artikel mit täuschenden Interpretationen verkauft.

Damit lässt sich nun jedermann trefflich zum Schweigen bringen, der es wagt, Tatsachen anzusprechen, die der «political correctness» nicht entsprechen.

Die PNOS – eine neue, jugendliche Partei!

Sie strebt eine **eidgenössisch-sozialistische** Zukunft an. Drei Bemerkungen aus ihrem Parteiprogramm seien hier zur Illustration angeführt:

– Die PNOS unterscheidet sich von andern Parteien dadurch, dass sie



Freispruch: Liedtexte auf der «Indiziert»-CD verstossen nicht gegen das Rassismusgesetz. Trotzdem wurde ein gutqualifizierter Informatiklehrer entlassen.

Die Freiheit ist in akuter Gefahr!

Fortsetzung von Seite 5

als einzige(?) erkennt, dass das Problem der Überfremdung, der Umweltzerstörung, des Kapitalismus und der Globalisierung kein naturgegebenes Verhängnis, sondern Ergebnis des heutigen politischen und wirtschaftlichen Systems ist. Deshalb greift die PNOS gute Ideen der verschiedensten politischen Bewegungen auf, um auf ihrer Grundlage ein neues ganzheitliches Konzept für die Umgestaltung unserer Gesellschaft zu schaffen.

Sie sieht sich im politischen Schema ... weder rechts noch links. Die PNOS ist eine Partei der Vernunft, für die einzig und allein die Brauchbarkeit der Idee zählt und nicht, von wem sie stammt.

– Die Durchsetzung dieser Ziele zum Wohle aller Volksangehörigen, gleichgültig welcher Klasse, will die PNOS ausschliesslich mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln erreichen.

– wer es nicht schafft, das Volk für seine Idee zu gewinnen, kann sie auch nicht in die Tat umsetzen. Deshalb dürfen Eidgenössische Sozialisten aber nicht krampfhaft versuchen, ihren Eidgenossen ihre Ideen aufzuzwingen. Vielmehr müssen sie durch ihr Handeln im Alltag ein Beispiel sein, dem zu folgen für jedermann erstrebenswert ist.

Aus diesen Zitaten geht klar hervor, dass diese Partei

- von idealistisch gesinnten jungen Leuten getragen wird (die es allerdings versäumt haben, die politischen Programme aller bestehenden Parteien zu studieren!);
- sich streng an die demokratischen Spielregeln halten will;
- sich eher als links stehend begreift.

Wenn man ihr Programm studiert, stösst man auf nicht wenige Forderungen, die einer christlich-konservativen Partei gut anstehen würden (z.B. Abtreibungsverbot; Zinsverbot; repressive Drogenpolitik) oder die sich klar gegen wirtschafts-imperialistische Globalisierungspolitik richten – also eher der extremen Linken zugeordnet werden. Die starke Betonung der Notwendigkeit des Umweltschutzes, der Erhaltung einer eigenen produktionsstarken Landwirtschaft, einer wirksamen Verteidigungsarmee und die Ablehnung des Vasallen-Status der Grossmächte lässt die PNOS ins Visier der Wachstumsfetischisten der Wirtschaft und der Anhänger der Selbstaufgabe zu Gunsten eines

EU-Beitrittes kommen. Wer dazu noch mehr Verantwortung und Redlichkeit der Medien fordert, muss sich nicht wundern, wenn er ins Trommelfeuer gerät.

So wird denn diese Partei als rechtsextremistisch, wenn nicht gar terroristisch verschrien und ausgegrenzt. So kann man eben eine neue Partei leichter bekämpfen, als wenn man sich differenziert mit ihren Anliegen auseinandersetzen müsste!

Bundesverfassung Makulatur?

Man könnte es meinen, wenn man liest,

– dass Armeechef Keckeis einen jungen Soldaten von seiner Weiterausbildung trotz einwandfreier Qualifikation ausschloss, weil ein ziviles Gericht ein Strafverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm laufen hat. Dabei geht es nicht etwa darum, dass der betroffene A.S. einen Schwarzen oder Türken zusammenschlug oder verbal beleidigte. Nein, er hat lediglich in einem Artikel der Parteizeitung «eine räumliche Trennung der verschiedenen Kulturen innerhalb der europäischen Nationen» gefordert. Ein «Verbrechen», bei dem ihm die Unterstützung zahlloser Mütter schulpflichtiger Kinder in der Schweiz, in Frankreich und in Deutschland und anderswo sicher sein kann. Weil er aber zudem Vorstandsmitglied der PNOS ist, gilt für ihn nicht einmal die «Unschuldsvermutung», die selbst jedem des Totschlags angeklagten Antifa-Chaoten – welcher Herkunft auch immer – zugestanden wird.

Herr Keckeis, Sie sind als Armeechef eine Katastrophe, da Sie nicht nur Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung missachten, sondern auch Art. 68 der BV in seinem Gehalt mit ihrer Militärpolitik aushöhlen!

– dass die Berufsschule Langenthal einen jungen – offenbar gut qualifizierten – Informatiklehrer entlässt, weil er in einer Band mitspielt, deren Liedertexte als Verstoss gegen den Antirassismus-Artikel angeklagt wurden. Dieser Fall ist noch schlimmer, da inzwischen ein Freispruch der Band vorliegt. Eine Band kann die übelsten, geschmacklosesten Verhöhnungen unserer Religion, unseres Staates und Volkes vortragen, es passiert ihr nichts. Sie können sich im Verbund der verummten Chaoten der Berner Reitschule wöchentlich Schlägereien mit unbeteiligten Zivilisten leisten, sie können die Polizei angreifen und an unbewilligten Demonstrationen teilnehmen,

dabei Hassparolen gegen die Schweiz, unser Volk und seine Regierung skandieren – das alles hat keine Folgen. Im Gegenteil – wenn Sie zufälligerweise ein Secondo sind, besteht gute Aussicht, dass Sie dafür – sozusagen als Belohnung – in ein Förderprogramm aufgenommen werden.

Und da wundert man sich, wenn immer mehr brave Schweizerbürger von der Politik die Nase voll haben.

Längst müsste allen Verantwortlichen klar sein, dass die Schweiz als freiheitlicher Rechtsstaat ein Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Oder wie wollen sie die Tatsache der miserablen Stimm- und Wahlbeteiligung auf allen Stufen erklären? Wenn man zudem zu drängenden Problemen der Überbevölkerung und Überfremdung seine Meinung nicht mehr kundtun darf, ohne in Gefahr zu kommen, angeklagt zu werden, braucht man sich nicht zu wundern, wenn untergründige Phobien entstehen und nach Ausdruck suchen.

Wenn in den Nationalratswahlen weniger als 50% der Stimmberechtigten das Parlament wählen, ist die direkte Demokratie nur noch sehr schwer zu verteidigen!

TV-Sendungen für Albaner

Ein Verein will für Albaner TV-Sendungen auf Albanisch einführen. Dazu ist selbstverständlich Geld vom Bund nötig. Hinter dieser Idee steht der obergrünrote Nationalrat Ueli Leuenberger aus Genf. Er rechnete gleich vor, dass sechs Sendungen rund Fr. 50 000.– kosten.

Um ein baldiges albanisch sprachiges Fernsehen starten zu können, war Leuenberger beim Bund bereits vorstellig geworden. Mit sei-

nem Antrag für finanzielle Unterstützung will er an das Bundesamt für Migration gelangen. Dessen Direktor Eduard Gnesa habe positiv reagiert. Beim Bund stehen dieses Jahr rund 14 Millionen Franken für die Förderung der Integration zur Verfügung, sagt Elsbeth Steiner von der Eidgenössischen Ausländerkommission. Hier werden die Schweizer Demokraten noch ein Wort mitsprechen.

Kurt Koller, Lichtensteig / SG

**Basler Casino-Koloss
NEIN!****Notbremse ziehen = Referendum unterzeichnen!**

Das Hauptproblem des Zaha-Hadid-Baus (Name der libanesischen Architektin, die in London lebt) am Barfüsserplatz ist seine **kolossale Dimension**. Das direkt neben dem Barfüsserplatz gelegene Projekt nimmt keine Rücksicht auf die benachbarte Umgebung, auf das Puppenmuseum, auf die Barfüsserkirche und auf die Häuserzeile beim «Braunen Mutz». Es wirkt gegenüber dieser Nachbarschaft erdrückend und zerstört die heutige Harmonie von Barfüsserplatz und den angrenzenden Gebäuden total. Der Barfi könnte auch nicht mehr wie bisher für Veranstaltungen und Märkte benützt werden!

Würde das neue Kasino (ein riesiger Glaskasten!) gebaut, müsste der Kanton noch **40 Millionen Franken** hineinbuttern. Dieser

Prestigebau passt ganz einfach nicht in die Basler Innerstadt! Die Abonnenten dieser Zeitung in Basel-Stadt erhielten von uns schon per Briefpost einen Unterschriftenbogen für dieses Referendum. Bitte – falls noch nicht gemacht – diesen Bogen ausfüllen und sofort einsenden oder bei der Hörhilfe Borne, Marktgasse 3 (Schifflande) abgeben oder neue Bogen verlangen. Weitere Unterschriftenbogen können auch heruntergeladen werden: www.casino-koloss-nein.ch. Bis spätestens am 21. Februar müssen wir im Besitze der ganz oder teilweise ausgefüllten Bogen sein. Herzlichen Dank für die Mithilfe!

Schweizer Demokraten,
Kantonalpartei BS

Bernhard Hess – ein erfolgreicher Nationalrat!

Zehn Monate vor den Erneuerungswahlen gilt es, einmal die Arbeit von SD-Nationalrat Bernhard Hess kritisch unter die Lupe zu nehmen. Dabei fällt auf: Hess hat überdurchschnittlich viele Vorstösse eingereicht – und auch durchgebracht!

Als Fraktionsloser hat ein Parlamentarier eigentlich nur eine effiziente Möglichkeit, sich im Rat und in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen: Er reicht einen parlamentarischen Vorstoss ein, mit dem er etwas fordert oder verhindern will. Weiter kann er dem Bundesrat kritische Fragen stellen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Bernhard Hess hat beides getan, teilweise mit Erfolg. Insbesondere die vergangene Wintersession gestaltete sich für ihn äusserst erfolgreich: Gleich zwei Motionen* brachte er durch. Besonders erfolgreich war er im Bereich Tier- und Umweltschutz, aber auch auf dem Politikfeld zur Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes sowie in der Aussenpolitik konnte er Erfolge verbuchen.

Erfolgreiche Vorstösse von Bernhard Hess

- ***Umwelt-, Tierschutz- und Gesundheitspolitik** sollen künftig als **Schutzanliegen bei handelspolitischen Verhandlungen** Vorrang haben. Hess will damit unter anderem verhindern, dass z. B. EU-Lebendtiertransporte neu durch die Schweiz durchgeführt werden können.
- *Hess befürwortet ganz klar die Grenzsicherung der Schweiz – auch mit Hilfe von Drohnen. Hingegen fordert er **klare Richtlinien für Drohneneinsätze** und einzig eine zivile Nutzung der Daten.
- Der Rat hat eine Forderung von Bernhard Hess in Postulatsform überwiesen, der die **Einstellung von Entwicklungshilfe bei massivem Asylrechtsmissbrauch** fordert.
- Bernhard Hess war mit einer Motion erfolgreich, die **Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln bekämpfen** will. Gewaltanwendung gegen Zugsbegleiter soll künftig als **Offizialdelikt** geahndet werden. Ganz frisch hat er zudem einen Vorstoss eingereicht, der **Attacken und Übergriffe auf Sportschiedsrichter neu als Offizialdelikt ahnden** will. Auch dieser Vorstoss hat gute Chancen, überwiesen zu werden.
- Als ehemaliger Bankangestellter setzte er sich erfolgreich für die **Abschaffung der betriebseigenen Depositionskassen** ein.



Tier-, Umwelt- und Heimatschutz sind für Bernhard Hess zentrale Anliegen wie...

- Weil ihm Tierschutz ein zentrales Anliegen ist, reichte er eine Motion für **artgerechte Pferdehaltung** ein, welche in Postulatsform überwiesen wurde.
- Problemlos wurde die Motion Hess zur **Wiederverwertung von CD und CD-ROM** überwiesen.
- Seine Motion **«Ausländische Straftäter. Strafvollzug im Heimatland»** wurde zwar im Jahr 2000 abgelehnt. Einige Jahre später war jedoch Nationalrat Toni Brunner mit dem genau gleichen Anliegen erfolgreich.

Abgelehnte Vorstösse

Es ist das Schicksal von Oppositionspolitikern, dass die Mehrzahl ihrer Vorstösse nicht erfolgreich sind. So wurden von Bundesrat und/oder Parlament folgende SD-Forderungen abgelehnt:

- Die Behandlung der Motion zur **Aufhebung der Rassismusstrafnorm** wurde vom Ratsbüro zwei Jahre verzögert, so dass sie abgeschrieben wurde. Bernhard Hess liess sich aber nicht entmutigen und reichte im vergangenen Herbst eine parlamentarische Initiative zum gleichen Thema ein.
- Da auch ganz persönliche Kundendaten an die USA weitergereicht werden sollen, hat er die **Kündigung des Abkommens über die Weitergabe von Flugpassagierdaten an die US-Behörden** gefordert. Vor allem aus der linken Ratshälfte sind hier Sympathien vorhanden.
- Teilerfolg für Hess: Seine Motion für ein **Verbot von himmelwärts gerichteten Laserscheinwerfern** wurde zwar abgelehnt, doch in einigen Kantonen und Städten wie Burgdorf/BE durchgesetzt. Die SD-Gemeinderatsabordnung in der Stadt Zürich hat ebenfalls einen Vorstoss zum Verbot von sogenannten «Skybeamern» eingereicht.
- Als Stadtberner forderte er, dass das neue Fussballnationalstadion auch künftig altherwürdig «Wank-

dorf» heissen soll. Auch hier wurde ein Teilerfolg erzielt. Offizielle Bezeichnung ist neu «Stade de Suisse/Wankdorf».

- Wenn der Bundesrat seit dem Jahre 2003 konsequent die Forderung von Bernhard Hess berücksichtigt hätte und konsequent die geforderte **Umschichtung der Währungsreserven der Notenbank weg vom Dollar, zugunsten des Euros**, umgesetzt hätte, würde die Bilanz der Nationalbank heute noch besser aussehen.

- Leider wurde eine Motion zum **Schutz der Schweizer Fahne** abgelehnt. Somit können antischweizerische Kreise auch künftig unsere Nationalflagge in der Öffentlichkeit besudeln.

- Aufgrund des äusserst knappen Volksentscheides vom 24. November 2002 zur **Asylinitiative** (50,1% Ablehnung) forderte Hess eine **Nachzählung**, was abgelehnt wurde.

- Auch ein Postulat für einen besseren **Selbstschutz für Kondukteure** wurde abgelehnt. Mittlerweile sind einige Verkehrsbetriebe dazu übergegangen, das Zugsbegleitungspersonal mit einem Pfefferspray auszurüsten.



...der Schutz vor Kriminellen und der Strafvollzug von ausländischen Straftätern in ihrem Heimatland.

- Als Patriot wünscht er sich **mehr einheimische Musik am Radio**, leider ohne die nötige Unterstützung aus dem Nationalrat.

- Ebenfalls erfolglos forderte Hess die **Rückkehr zur alten Rechtschreibung**.

- Der **Schutz der Landessprache vor englischen Fremdwörtern** fand im Rat vor allem bei der Linken und den Romands Unterstützung, wobei zu erwähnen ist, dass die sich sonst patriotisch gebende SVP diesen SD-Vorstoss nicht unterstützte.

- Aus Dankbarkeit für die Aktivdienstgeneration forderte Hess ein **Armeemuseum** in Thun. Obschon Bundesrat Samuel Schmiel Sympathie für ein militärhistorisches Museum hat, lehnte der Gesamtbundesrat diese Idee ab.

- Bislang noch keine Antwort erhielt Hess auf seinen Vorstoss, der ein **Verfassungs-, Demokratie- und Grundwertebekennnis für Einbürgerungswillige** fordert.



Auch in der Asyl- und Ausländerpolitik konnte Hess Erfolge verbuchen.

Ausgewählte berechnete Fragen an den Bundesrat

- Weil der Präsident der eidg. Erziehungsdirektion künftig **Weihnachtsfeiern** an den Schulen unterbinden wollte, fragte Hess, ob Weihnachten weiterhin als Teil unseres Brauchtums in unseren Schulstuben gefeiert werden darf, was der Bundesrat bejahte.

- Hess wollte zudem die Absetzung der beliebten Fernsehsendung **«Aktenzeichen XY ungelöst»** verhindern. Leider sah die Landesregierung dafür keine Veranlassung.

- Aufgrund von Attacken gegen Wehrmänner im Jahre 2001 forderte Hess einen **«Sackbefehl Pfefferschutzspray»** für Rekruten. Obschon der Problematik bewusst, wollte der Bundesrat auch davon nichts wissen.

- Die einfache Anfrage Hess **«keine Preisgabe des Schächtverbots»** bewirkte, flankiert auch dank massiven Protesten der Tierschutzvereine, dass die Landesregierung von der Aufhebung des Schächtverbots Abstand nahm.

Bernhard Hess: weiter so

Bernhard Hess ist ein aktiver Parlamentarier, der sich nicht scheut, «heisse Eisen» anzufassen. In seiner bisherigen Amtszeit wurde er immerhin 64 Mal mit parlamentarischen Vorstössen vorstellig. Es würde hier den Rahmen sprengen, alle Vorstösse von Bernhard Hess zu kommentieren.

Unter www.parlament.ch, Stichwort: Bernhard Hess, können Sie sich aber im Internet über seine parlamentarischen Aktivitäten ein umfassendes Bild machen.

*Liste zusammengestellt durch
Roland Schöni,
SD-Zentralsekretär*

Setzt die Verwahrungssinitiative um!



Anita Chaaban,
Buchs

Anfang Februar 1996 wurde mein Patenkind von einem Wiederholungstäter auf grausamste Art misshandelt, vergewaltigt und beinahe ermordet. Wie durch ein Wunder hat es dieses Verbrechen überlebt.

Deshalb lancierte ich zusammen mit meiner Schwester im November 1998 die Volksinitiative «lebenslange Verwahrung für extrem gefährliche, nicht therapierbare Sexual- und Gewaltstraftäter».

Im Mai 2000 konnten wir knapp 200 000 gültige Unterschriften einreichen. Danach versuchte man uns durch einen Kompromissvorschlag dazu zu bewegen, die Ini-

tiative zurückzuziehen. Doch dieser Vorschlag war eine Verwässerung der Initiative. Wir liessen uns nicht überreden und kämpften weiter.

Am 8. Februar 2004 war es nach hartem Abstimmungskampf endlich soweit. Das Schweizer Volk stimmte der Verwahrungssinitiative klar zu.

Nach dem Ja ordnete Herr Bundesrat Blocher eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Initiative an. Auch meine Schwester und ich waren dabei. Es waren schwierige, harte Diskussionen, die wir dort führen mussten. Es entstand ein Gesetzesentwurf, den wir gerade noch so akzeptieren konnten. Wir einigten uns darauf, geschlossen hinter diesem Vorschlag zu stehen. Doch bereits kurz danach hatten sich Bundesbeamte, die Mitglied dieser Arbeitsgruppe waren, öffentlich vom Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit distanziert.

Noch vor der Vernehmlassung wurden Änderungen am Gesetzesentwurf vorgenommen. Hätte ich

nicht alles immer genau beobachtet und gelesen, wäre ich in Unkenntnis darüber geblieben. Auch nach der Vernehmlassung gab es weitere «Korrekturen». Der Volkswille wurde schon zu diesem Zeitpunkt sehr verwässert.

Den Volkswillen mit Füßen getreten

Danach befürwortete der Ständerat den Entwurf. Doch jetzt, in der Rechtskommission des Nationalrats, fand man plötzlich, es sei nicht sinnvoll, ein Ausführungsgesetz für die Verwahrungssinitiative zu erlassen. Grund «Die Menschenrechtskonvention».

Es ist ein Hohn gegenüber der Bevölkerung, ein Gesetz mit dieser Begründung einfach fallen zu lassen. Vor allem, da sicher jedem bekannt ist, dass eine Initiative, bevor sie zur Abstimmung kommt, genauestens überprüft wird, ob sie gegen die EMRK verstösst. Wenn das der Fall ist, wird sie für ungültig erklärt.

Offenbar ist man in Bern der Meinung, man könne das Schweizer Volk für blöd verkaufen.

Tatsache ist: Es gibt gar keinen Artikel in der EMRK, gegen den die Forderungen der Initiative verstossen.

Das Parlament hat den klaren Auftrag, Volksentscheide auch tatsächlich umzusetzen. Ich kann nur hoffen, dass jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier sich dessen wirklich bewusst ist, wenn er seine Stimme im März abgeben wird.

Um den Politikerinnen und Politikern das nochmals in Erinnerung zu rufen, haben wir eine Petition lanciert. Bis Ende Februar ist noch Zeit, Unterschriften zu sammeln. Ich bitte Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, uns zu unterstützen und die Petition zu verbreiten. Sie können diese auf unserer Homepage www.lebenslange-verwahrung.ch herunterladen. Ganz herzlichen Dank an all jene, die uns schon unterstützt haben und die es noch tun werden.

Den Berner Bären ein neues Zuhause!

SD-Nationalrat und -Zentralpräsident Bernhard Hess beteiligt sich am Sponsorenlauf zu Gunsten des Bärenparks in Bern vom 22. März 2007 und beweist damit, dass sein tierschützerisches Engagement nicht bloss ein Lippenbekenntnis ist.

Seit einigen Jahren hält sich SD-Nationalrat Bernhard Hess in seiner Freizeit durch regelmässiges Dauerlaufen fit. Vor zwei Jahren nahm er am Altstadt-Grand-Prix von Bern teil und im vergangenen Jahr absolvierte er den Gurten-Classic-Berglauf. Jahrzehntlang waren die Berner Bären das Wappentier und beliebte Maskottchen



der SD bei städtischen und kantonalen Wahlen. Deshalb will Bernhard Hess dazu beitragen, dass die Bären Urs, Tana und Pedro ein artgerechtes Zuhause erhalten – inklusive der Möglichkeit, ein Bad in der Aare zu nehmen.

Wie können Sie helfen?

Familienmitglieder, Nachbarn, Stammtisch- und Marzilikollegen, Parteifreunde (d.h. sämtliche Leser des «Schweizer Demokrat») und auch politische Gegner, können pro gelaufene Runde von Bernhard Hess (eine Runde misst 500 Meter) einen selbstgewählten Betrag spenden. Hess hat 30 Minuten Zeit, um so viele Runden wie möglich zu laufen. Das Organisationskomitee «Pro Bärenpark Bern» wird nach dem Sponsorenlauf die Gönner direkt anschreiben und den Sponsoringbetrag multipliziert mit der, von Bernhard Hess gelaufenen Anzahl Runden einkassieren. Beispiel: Angenommen, Hess läuft in 30 Minuten neun Runden zu 500 Meter. Pro Runde spenden Sie Fr. 5.–. Dies ergibt einen Spendenbetrag von Fr. 45.–.

Was ist der Bärenpark?

Der bekannte Berner Bärengraben soll tiergerechter gestaltet werden. Insbesondere sollen die Bären künftig die Möglichkeit erhalten, den Aarehang als Ausgangsrevier nutzen zu können und sogar im Aarewasser zu baden! Für die Kosten sollen neben privaten Firmen als Grosssponsoren, auch rund 1 000 000 Franken über Privatpersonen generiert werden.

Informationen zum Bärenpark: www.baerenpark-bern.ch

Information zur Finanzierung: www.baerenpark-fundraising.ch



Ein Herz für Berner Bären!

Ja, ich unterstütze Bernhard Hess beim Sponsorenlauf zu Gunsten des Bärenparks.

Pro Runde spende ich Fr. _____

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Talon einsenden an: Bernhard Hess, Sponsorenlauf Bären, Postfach 8112, 3001 Bern, E-Mail: bernhard_hess@bluewin.ch

Das 60-Milliarden-Geschäft

Ein Diskussionsbeitrag zur «Einheitskrankenkasse»

Immer mehr Mitbürger sind nicht mehr in der Lage, die Krankenkassen-Prämien zu bezahlen, und müssen von der Öffentlichkeit, d.h. mit Steuergeldern, unterstützt werden. Immer mehr Mittelständler stöhnen unter dem Druck des Ausgabenpostens «Krankenkassen-Prämien». Begreiflich, hat doch z.B. der Schreibende für sich und seine Frau bei einer minimalen Versicherungsdeckung im letzten Jahr volle Fr. 10 000.– hinblättern müssen.

Wenn dann gleichzeitig so phantastische Gewinne wie jene der Novartis ausgewiesen werden, so kommt man sich als Prämien- und Steuerzahler schlicht verhöhnt vor.

Zum 10. Mal in Serie hat Novartis im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn erzielt – er liegt jetzt bei 7,2 Milliarden Dollar und der Pharmateil steuerte 22,5 Milliarden des Gesamtumsatzes von 37 Milliarden Dollar bei. Und die Medikamentenpreise sind in der Schweiz noch immer doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Doch ist das Gebaren der Pharmaindustrie nur ein Teil des Problems.

Dauernd teurer wird auch die Medizintechnik (Behandlung und Diagnose) und damit steigen auch die Spitalkosten trotz aller Rationalisierungen. H.P. Studer

schreibt zu diesem Thema in seinem Buch «Gesundheit in der Krise» auf Seite 43/45: «Es sind die Kliniken, die komplexer und teurer sind als alle anderen Bauten des 20. Jahrhunderts. Augenfälligerweise hängt dies damit zusammen, dass hier die medizinische Technisierung und Spezialisierung seit den 50er Jahren einen besonders rasanten Verlauf genommen hat. Sowohl die Menge und Komplexität der Geräte und Apparaturen als auch jene der medizinischen Fachgebiete ist in den modernen Krankenhäusern unaufhaltsam im Steigen begriffen. Gleichsam den Brennpunkt der Entwicklung bilden dabei die Universitätsospitäler. Ausgehend von den dortigen Spezialfachgebieten diffundieren die angebotenen medizinischen Dienste und eingesetzten Geräte weiter an die Zentrumsspitäler und schliesslich an die Regionalspitäler sowie in die Facharztpraxen.

Zwangsläufig gehören demzufolge Akutspitäler zu den komplexesten Organisationsformen, die es heute

gibt. Und als solche sind sie doppelt aufwand- und kostenträchtig.»

Die Herren und Damen Chef-, Ober- und Assistenzärzte und das zahlreiche Pflege-, Labor- und Hilfspersonal in den Spitälern arbeiten bekanntlich auch nicht mehr um Gotteslohn, wie das vor 50 und mehr Jahren noch in grossem Umfange üblich war.

Aber auch die Ärzte ganz allgemein gehören nicht zu den schlecht verdienenden Berufsgruppen. Schon vor 15 Jahren wurde in einer Untersuchung ein ärztliches Durchschnittseinkommen von 197 000 Franken ermittelt mit Extremwerten von 90 000 Franken (Kinderpsychiatrie) bis 430 000 Franken (Urologie). Seither sind diese Werte kontinuierlich gestiegen und steigen weiter. Dazu kommt noch



Die Erfolgszahlen der Pharmakonzerne sprechen eine deutliche Sprache.

die immer zunehmende Ärztedichte mit zunehmender Verlagerung auf die Spezialärzte. Traf es 1970 noch 700 Einwohner auf einen berufstätigen Arzt, sind wir heute bei weniger als 300 Einwohnern angelangt. Der verhängnisvolle Kampf um die Patienten ist eine schlecht verhüllte Tatsache.

Und schliesslich ist die Anspruchsinflation der Menschen zu beobachten. Wenn man derart hohe Prämien zahlt, will man dafür auch etwas erhalten. Die propagandistische Erziehung resp. Bearbeitung der potentiellen Kunden hat den Effekt, dass man zum Kranksein keine Zeit mehr haben und «subito» geheilt, resp. repariert werden will.

Ein spezielles Problem kommt dazu: der Alterungsprozess der Gesamtbevölkerung. Zu diesem

Thema schreibt H.P. Studer im bereits erwähnten Buch auf Seite 62/63:

«Ein besonders dankbares Zielpublikum für die Arzneimittelindustrie, die Ärzte und Apotheker ist das wachsende Segment der Senioren. Nach amerikanischen Studien erhalten alte Menschen zwischen drei und zwölf Medikamente pro Tag, die rezeptfreien Substanzen nicht eingeschlossen. Da manche Pillen nur einmal, andere aber drei- oder gar viermal täglich genommen werden müssen, sind bis zu 60 einzelne Medikamentendosen pro Tag nichts Ungewöhnliches. Für manchen Greis wird der Tagesablauf strukturiert von der Befolgung medikamentöser Therapieschemata, die weder der Patient noch der Arzt mehr hinreichend überblicken.

Der ältere Mensch braucht nicht mehr, er braucht weniger Medikamente, und diese müssen auch noch viel vorsichtiger gehandhabt werden als schon normalerweise ratsam. Statt dessen werden ältere Patienten mancherorts im Zustand chronischer Arzneimittelvergiftung gehalten, wenn der körpereigene Abbau eingenommener Medikamente mit dem Nachschub nicht mehr Schritt hält.»

An dieser Stelle wären auch die Zivilisationskrankheiten oder besser die Folgen vieler zivilisatorischer «Errungenschaften» zu erwähnen. Zu erinnern ist an die Folgen des Elektrosmog (Mikrowellen, Handys), über denaturierte Nahrungsmittel (mit all den Zusätzen) bis zum Bewegungsmangel (als Folge der Motorisierung und der «Glottrophilie»!)

Und das alles soll mit einer Einheitskrankenkasse besser werden?

Damit können bestenfalls einige Prozente an Verwaltungskosten eingespart werden. Verloren gehen jedoch die positiven Wirkungen einer gesunden Konkurrenz um die Kunden, der Ansporn zur Innovationsfreudigkeit der Kassen zur Gesunderhaltung ihrer Kunden, die Förderung alternativer Heilmethoden. Mit einer staatlichen Einheitskasse können wir die Möglichkeit glatt vergessen, dass

- alternative Heilverfahren niemals den ihnen gebührenden Platz in unserem Gesundheitssystem erhalten;
- die Selbstheilkräfte des Menschen niemals bewusst eingesetzt werden;



Prävention durch gesunde Lebensgestaltung senkt die Prämien.

- die Prävention durch bewusste Lebensgestaltung, zweckdienliche Ernährung und gezielte Meidung aller krankmachenden Giftstoffe (Schwermetalle, Pestizid-Rückstände, Genuss-Gifte, Konservierungs- und Schönungsmittel usw.) ins Alltagsbewusstsein der Menschen kommt;
- eine wirksame Kontrolle über den Einsatz invasiver Diagnose- und Therapietechniken ausgeübt wird.

Das Einsetzen eines Bypasses bringt einem Spital gut und gerne Fr. 40 000.–, eine Umstellung der Lebensführung und gezielter Einsatz der emotionalen Komponente nichts und kostet den Patienten von Fr. 500.– bis höchstens Fr. 1500.–.

Trotzdem: Was der Bundesrat gegen die Einheitskasse ins Feld führt, ist reine Augenwischerei!

Die oben erwähnten Faktoren werden beim Weiterführen der bisherigen Rahmenbedingungen die Kosten unweigerlich weiter steigen lassen. Das Absenken der Reserven der Kassen, die Erhöhung des Selbstbehaltes, das Umsteigen auf Generika, das Herauskippen gewisser Methoden und Leistungen aus der Grundversicherung usw. können für den Moment das Ansteigen der Prämien etwas bremsen – eine Trendumkehr ist damit aber sicher nicht zu erreichen.

Was wäre zu tun?

Folgende Möglichkeiten bieten sich an:

- Die längst bekannte Neuordnung der Krankenkassen im Sinne des Vorschlages Dr. G. Brem in Gesundheitskassen mit dem Prämienplitting. Dabei würde gesunde Lebensführung massiv belohnt, ohne den Grundgedanken der Solidarität zu verlassen.

- Die Förderung komplementärer medizinischer Heilmethoden,

Fortsetzung Seite 10

Das 60-Milliarden-Geschäft

Fortsetzung von Seite 9:

- mit denen nachgewiesenermassen Kosten gespart werden können.
- Die Neuausrichtung der medizinischen Ausbildung und Forschung; weg vom dogmatischen Materialismus mit seiner mechanistischen Auffassung über die Natur des Menschen.
- Zuweisen der gebührenden Stellung der reinen Symptom-Thera-

pie, die heute das therapeutische Geschehen rund um die Schulmedizin dominiert.

- Die Mediziner selbst sind aus dem Spezialistentum, das heute einen viel zu breiten Raum einnimmt, herauszuholen und wieder zum echten Arztsein hinzuführen. Sie müssen wieder lernen, den Menschen ganzheitlich als Körper-Seele-Geist-Wesen wahrzunehmen und nicht bloss als Krankheitsfall (die «Leber auf Zimmer 209»; das «Herz auf der Notfall-Station»).

– Dem industriell-pharmazeutischen Komplex ist dringend der dogmatisch-absolutistische Anspruch auf alleinige Wirksamkeit und Wissenschaftlichkeit seiner Methoden abzusprechen. Dies umso mehr als sich dahinter der reine Machtkampf um noch mehr Marktanteile, noch höhere Gewinne versteckt. In diesem brutal materialistischen Streben wird allzu oft mit unsauberen Mitteln gekämpft, wie in der medizinischen Literatur (gefälschte Versuchsergebnisse; unbewiesene Theorien usw.) nachgelesen werden kann.

Die in diesen Wochen veröffentlichten Erfolgszahlen der grossen Pharma-Konzerne sprechen eine deutliche Sprache!

Es ist an uns, diese Sprache zu interpretieren und die Folgerungen zu ziehen.

Mit einer Einheitskrankenkasse schüfen wir einen weiteren Machtfaktor im kranken Gesundheitswesen, der jede Aussicht auf Weiterentwicklung oder Erneuerung auf unabsehbare Zeit hinaus blockieren würde.

Hans Spitz, Köniz

Überfremdung – ein Faktor der Prämiensteigerung bei den Krankenkassen!


Die sprachliche Überfremdung der Schweizer Bevölkerung macht auch das Praktizieren der Ärzte immer schwieriger. Immer häufiger sprechen die Einwanderer zudem nur seltene Sprachen. Die Redaktion der Schweizerischen Ärztezeitung hielt es deshalb für nötig, in der Ausgabe 3/2007 der Zeitung einen Artikel über die Möglichkeiten des Dolmetschens

zwischen Arzt und Patient zu veröffentlichen, in welchem insbesondere auch auf das sogenannte Telefondolmetschen hingewiesen wird. Die Sprachbarrieren, die sich zunehmend zwischen den frei praktizierenden Ärzten, aber auch den Spitalärzten und den Patienten auftürmen, erhöhen unter anderem die Krankheitskosten und damit die Krankenkassenprämien!

Denn weil die Ärzte Kranke wegen einer anderen Sprache immer weniger verstehen, werden sie dazu verleitet, komplizierte, immer raffiniertere und damit auch kostspieligere technische Untersuchungsmethoden anzuwenden, während eine einfache sprachliche Aufnahme der Krankengeschichte ihre diagnostischen Zweifel ohne Weiteres ausräumen könnte, wie im

betreffenden Artikel ausgeführt wird! Die Ärzte müssen sich deshalb auch immer besser bei Versicherungen gegen Haftpflichtforderungen der Patienten absichern. Auch dies ist ein Faktor, der die Krankenkassenprämien in die Höhe treibt!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)*

*Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf*

*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

*Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)*

Freier Personenverkehr bedroht uns

Trotz guter Konjunktur im Jahre 2006 geht die Arbeitslosigkeit im Kanton Tessin nicht zurück. Mitverantwortlich sei der freie Personenverkehr. Die Löhne seien auf das Niveau Norditaliens gefallen. Das Tessin hatte Ende 2006 eine überdurchschnittlich – für schweizerische Verhältnisse – hohe Arbeitslosigkeit von 4,9 Prozent. Der ausländische Druck auf den Arbeitsmarkt könnte durchaus von Dauer sein. So sieht es jedenfalls

der Tessiner Wirtschaftsprofessor Angelo Rossi in der Zeitschrift «Moneta».

Im Tessin ist nun genau das nachweislich eingetroffen, was die Schweizer Demokraten im Abstimmungskampf vorausgesagt haben. Mit dem freien Personenverkehr wird die Arbeitslosigkeit steigen und die Löhne werden nach unten nivelliert. Eine Tatsache, die vor allem die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten zu verantwort-

ten haben. Diese waren für offene Grenzen und den freien Personenverkehr.

Noch stehen die Abkommen des freien Personenverkehrs mit Rumänien und Bulgarien im Parlament zur Debatte. Die Schweizer Demokraten sind jedoch gut vorbereitet, auch diesmal wiederum das Referendum zu ergreifen.

*Kurt Koller, Lichtensteig/SG,
SD-Vizepräsident*

Anzeige

GARMIN StreetPilot III



portabler GPS-Empfänger
mit Routenführung und
Sprachausgabe

Verkaufspreis mit Zubehör
Fr. 450.– ohne Versandkosten.
Barzahlung erfolgt bei
Übergabe des Navigations-
gerätes.
Telefon: 079 / 355 90 95
oder
roland-schoeni@bluewin.ch

**Parole SD
11. März 2007:**

**Nein zur
Einheits-
krankenkasse**

SD 

Geschichte des Nahen Ostens

Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen, die auch die Schweiz betreffen, und auf vielfachen Wunsch unserer Leserschaft beschreiben wir in dieser und der nächsten Ausgabe die Geschichte des Nahen Ostens.

Frühgeschichte

(Hauptquelle: *Universal-Lexikon der NSB «Neue Schweizer Bibliothek», Schweizer Verlagshaus AG, Zürich, Ausgabe 1973*)

Zwischen dem 15. und 13. Jahrhundert v. Chr. wanderten die Israeliten (auch Hebräer genannt) in das Gebiet des heutigen Palästina ein. Juden waren im engeren Sinn vorerst nur die Angehörigen des Stammes Juda, einer der 12 Stämme Israels; diese waren benannt nach den 12 Söhnen Jakobs, Sohn des Jsaak und Enkel von Abraham. Später wurden alle Israeliten Juden genannt.

Über den Zeitpunkt, wann die Araber in die Region einwanderten, konnte der (Schreibende nirgends Genaueres finden. Im heutigen Sinn werden die Angehörigen des Islams als «Araber» bezeichnet, wobei es auch Araber anderer Religionsgemeinschaften gibt, z.B. christliche Araber usw. Diese leben erst seit dem Ende des 7. Jahrhunderts n. Chr. im Nahen Osten.

Im 1. Jahrhundert v. Chr. eroberten die Römer dieses Gebiet. Es kam zu verschiedenen Rebellionen der Juden gegen die römischen Besatzer, die letzte und grösste ab 66 n. Chr. Nach anfänglichen jüdischen Erfolgen gelang es den Römern, den Aufstand 73 n. Chr. niederzuschlagen. Die Eroberung von Jerusalem erfolgte bereits 70 n. Chr. mit der Zerstörung des Alten Tempels. Dieser stand auf dem heutigen Tempelberg, wo verschiedene berühmte Moscheen stehen, z.B. die Al-Aksa-Moschee, die Omar-Moschee (Felsendom) usw. Am Fuss des Tempelbergs steht die Klagemauer als letzter Überrest des alten Tempels und gilt bei den Juden als Heiligtum. Nach der Niederschlagung des Aufstandes vertrieben die Römer einen Grossteil der überlebenden Juden. Es lebten aber weiterhin Juden in der Gegend. Im Jahre 1850 z.B. ergab eine Volkszählung, dass die Juden in Jerusalem die grösste Religionsgemeinschaft stellten. Da diese Volkszählung unter türkischer (osmanischer) Herrschaft stattfand, wird diese Angabe stimmen, denn wenn, wie eigentlich erwartet werden könnte, die Moslems die grösste

Religionsgemeinschaft gewesen wären, hätte absolut kein Anlass bestanden, dies nicht bekanntzugeben. Während der britischen Herrschaft in Palästina ergab eine Volkszählung im Jahre 1924, dass sogar im ganzen damaligen Palästina die Juden die grösste Bevölkerungsgruppe darstellten. Auch diese Angaben werden stimmen, denn die araberfreundlichen Briten werden sicher nicht falsche Angaben zugunsten der Juden gemacht haben.

Im Jahre 637 n. Chr. wurde Palästina durch den Kalifen Omar erobert und im 1. Kreuzzug zum Grossteil wieder befreit. 1099 wurde das Königreich Jerusalem sowie verschiedene christliche Herzogtümer gegründet. Im 13. Jahrhundert wurde Palästina durch Ägypten erobert und kam 1517 unter türkische Herrschaft, die bis nach dem Ersten Weltkrieg andauerte (Die Türkei hiess von 1288–1922 Osmanisches Reich). Interessant ist, dass sowohl Moslems als auch Juden Abraham als ihren Stammvater bezeichnen. Dieser hatte u.a. die Söhne Isaaq (siehe oben), von dem die Juden und Ismael, von dem die Moslems abstammen.

Die neuere Geschichte

Die Einwanderung nach Palästina im 20. Jahrhundert erfolgte sowohl durch, vor allem aus Europa einwandernde, Juden als auch durch Araber. Die Juden wollten das seit Jahrhunderten brach liegende Land kultivieren. Sie kauften Land von den ansässigen Arabern. Man kann sich leicht vorstellen, wie sich die Landverkäufer ins Fäustchen gelacht haben müssen, «Dumme» gefunden zu haben, denen sie ihre wertlosen Stein- und Sandwüsten verschueem konnten. Aber oha lätz! Die Juden, denen in Europa seit Jahrhunderten der Besitz von Land verboten worden war, begannen mit akribischer Schwerstarbeit, aus dem verödeten Land fruchtbares Kulturland zu machen: Sie bohrten nach Wasser, sie setzten zuerst Pflänzchen, die sehr wenig Wasser benötigten aber dicke Wurzeln hatten, die die Erde möglichst gut verdichteten und gleichzeitig Windschutz boten, damit der Wind die ausgetrocknete Erde nicht mehr fortwehen konnte. Die so erfolgte Kultivierung und Besiedlung von vorher verödetem Land lockte wiederum Araber an, die mit den Juden Handel trieben – welch verkehrte Welt. Bester Beweis für die Einwanderung von Arabern nach Palästina dürfte der



Kommt nicht zur Ruhe: Der Nahe Osten.

heutzutage wohl bekannteste Palästinenser sein.

Jassir Arafat war ein gebürtiger Ägypter und wanderte erst später nach Palästina aus.

In Palästina ging es wohl ähnlich wie seinerzeit in Südafrika. Dort behaupten die Neger, dass die Weissen ihnen das Land gestohlen haben. Tatsächlich war dieser Landstrich mehr oder weniger menschenleer, als die Besiedlung etwa gleichzeitig durch Briten und Holländer von den Küsten her und von Norden durch einwandernde Negerstämme erfolgte.

Die Balfour-Deklaration

In einer Regierungserklärung vom 2. November 1917 versprach Grossbritannien in der Balfour-Deklaration die «Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina bei gleichzeitiger Sicherung der bürgerlichen und religiösen Rechte der einheimischen Bevölkerung». Eigentlich typisch für England: Sie verteilten Land, das ihnen gar nicht gehörte! (Arthur J. Balfour war ehemaliger Premier und von 1916–1920 britischer Aussenminister). Dieses Versprechen gaben die Briten natürlich nicht «einfach so» ab. Sie wollten sich damit die Hilfe der jüdischen Bevölkerung in Palästina im Krieg der Briten gegen das Osmanische Reich, das im Ersten Weltkrieg auf der Seite von Deutschland und Österreich-Ungarn kämpfte, zusichern.

Aufteilung des Osmanischen Reiches

Nach dem Ersten Weltkrieg wollten die Siegermächte, allen voran Frankreich und England (während die USA eher mässigend vorgehen wollten), verhindern, dass die Besiegten je wieder einen grossen

Krieg anfangen könnten. Das Vorgehen gegen Deutschland ist bekannt (exorbitante, unmöglich zu bezahlende Reperaturforderungen, Verbot von Armee sowie Rüstungsindustrie usw.). Österreich-Ungarn wurde zerstückelt. Politisch war A-U problematisch, aber wirtschaftlich sehr stark und eine mehr oder weniger gut funktionierende Einheit. Die Siegermächte, wieder allen voran Frankreich und England, «erfanden» die Landkarte in diesem Gebiet neu: Tschechen und Slowaken wurden in die Tschechoslowakei gepresst, aus Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien entstand das «Kunstgebilde» Jugoslawien, das ursprünglich (von 1918–1929) «Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen» hiess; die späteren Folgen müssen wohl nicht speziell erwähnt werden. Das Osmanische Reich wurde ebenfalls aufgeteilt in die heutige Türkei, in Syrien (Libanon erklärte sich erst 1941 als von Syrien unabhängig), Irak, Transjordanien (das heutige Jordanien) und Palästina. Die Grenzen dieser Länder wurden mehr oder weniger willkürlich gelegt, zum Teil mit dem Lineal quer durch die Landkarte gezogen, was die vielen schnurgeraden Grenzen in dieser Region dokumentieren. Der Völkerbund (der Vorgänger der UNO) übergab Syrien als Mandat an Frankreich, der Irak, Palästina und Transjordanien wurden zu Mandatsgebieten von Grossbritannien.

Schluss des 1. Teils. Im nächsten «Schweizer Demokrat» vom März 2007 wird über den Teilungsplan von Palästina durch die UNO berichtet und die sich daraus ergebenden Konflikte zwischen Israel und den arabischen Staaten.

Dragan Najman, Baden

Leuenbergers «Kampffrosche»

Weil SP-Bundesrat Moritz Leuenberger im 2006 Bundespräsident war, zelebrierte der brave Alt-Achtundsechziger eine Pressestunde, um so dem Fussvolk seine Gedanken offenlegen zu können. Dabei klagte er über die Werbetätigkeit von Bundesräten und anderen Exekutivpersonen namentlich im Abstimmungskampfe vor dem 24. September und vor dem 26. November zu den Kohäsions-Milliarden.

Dabei sprach der Bundespräsident von «Kampffroschen» die da aktiv würden, und meinte natürlich ganz explizit den Bundesratskollegen Christoph Blocher. Richtig, die Rede im Albisgütli hat Leuenberger gar nicht gefallen. Es bleibt aber die Frage, ob der Bundespräsident «den Balken im eigenen Auge» nicht sehen könne oder nicht sehen wolle! SP-Bundesrätin Calmy-Rey «ritt» mit dem Heli nach Frauenfeld, machte «auf allen Kanälen» Werbung – natürlich ohne Kontraredner. Mercedes- und

Bodyguard-Equipen waren auf der Strasse von Bern her «geritten» und Frau Calmy-Rey «ritt» schliesslich mit der Bahn – um doch noch etwas grün zu markieren – von dannen Richtung Bern. All dies bezahlte der Steuerzahler. Frau BR Doris Leuthard «ritt» in die Emmentaler Berge, um dort das tumbe Volk zu bearbeiten – von anderen «Kampffroschen» gar nicht zu reden. Wir meinen, es ist Zeit zur Umkehr und zwar für alle! Eine Exekutive, egal auf welcher Ebene, ist definitiv zuständig für die Ausführung der Gesetze – also des Volkswillens! Werbung und Propaganda für eine Abstimmung ist Sache der Volksvertreter (Legislative) und des Volkes. Wie lange müssen wir noch auf diese demokratischen Grundwerte warten, Herr Bundesrat Leuenberger? Ist es denn so schwer?

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Der Winkelschleifer und die Pinguine

Anglizismen, dazu immer mehr heruntergekommene Strassendeutsch wie «mega» und «geil» ärgern viele. Auch «Ausverkauf» muss offensichtlich dem «sale» weichen. Das ist Fortschritt und was für eine Bereicherung unserer Sprache! Betrachten wir dann den «Schweinestall», den Jugendliche etwa im Bahnhof Frauenfeld und anderswo z.B. Freitagnacht zurücklassen, können viele gar nichts mehr verstehen. Arme Saubermänner, die anderen den Dreck wegräumen müssen. Armer Steuerzahler, der dies alles bezahlen muss. Nun fallen aber auch Winkelschleifer für 22.90, Akkuschrauber inkl. Koffer und Ladegerät für 29.90 auf. Immer mehr billigste Angebote erstaunen in immer neuen Einkaufstempeln. Gehört auch dies zur besagten Bereicherung?

Zurück zu Winkelschleifer und Akkuschrauber! Stellen wir uns vor, wie tief die Löhne dieser Arbeiter sein müssen! Auch Grossist und Händler verdienen gut und der Transport etwa von China kostet auch. Schiffe und Flugzeuge produzieren Feinstaub. In China gibt es kaum Umwelt- und Tierschutz. Dreck und Abfälle landen im Boden, im Wasser (Meer) und in der Luft! Arbeitshygiene oder soziale

Sicherheit sind unbekannt. Giftige Abluft wird kaum gereinigt. Erkrankten Arbeiter schon in jungen Jahren etwa an Lungenkrebs, gibt es kaum Hilfe oder ärztliche Betreuung, nach Todesfällen gibt es keine Entschädigungen. Darum sollten wir auch die Eisbären in Alaska und die Pinguine in der Antarktis nicht vergessen. Die Klimaveränderung durch diese «offenen Märkte» trifft Unschuldige. Profiteure zerstören so unsere Arbeitsplätze. Eisbären haben keine sicheren Eisschollen mehr und Pinguine können ihre Jungen nicht mehr grossziehen; sie gehen zugrunde. Kaufen wir darum hochwertige einheimische und teure Produkte! Lieber weniger anschaffen, aber verantwortungsvoll! Auf einem Aussichtsberg im Appenzellerland stammen die Granitplatten des Restaurant-Gartens aus China. Ist das nicht ein Irrsinn?

Mit kurzen Wegen und staatlichen Umweltschutzaufgaben tun wir viel für unsere Arbeitsplätze, aber auch für die Pinguine und letztlich unsere Gesundheit. Darum, weniger ist in jedem Falle mehr...

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Thurgau

Regierungsrat auf Abwegen

Offener Brief der SD, 5. 12. 2006 (bis heute erhielten wir keine Antwort)

Sehr geehrte

Herren Regierungsräte

Erinnern wir uns an die mehr als mageren Stimmbeteiligungen bei Regierungsratswahlen, wo «Experten» über die Ursachen medienwirksam sinnieren und kaum fündig werden (dürfen). Schade, dass die Schweizer Demokraten die Telefone und Stimmen aus dem Volke nicht publizieren dürfen; da wäre ein grosser Fundus und ein Ansatz zur Besserung denkbar.

Es stand in allen Zeitungen, der Thurgauer Regierungsrat «begrüsst Militärausbildung» im Ausland. Was aber soll das? Ist ein Bundesrat oder ein Regierungsrat nicht Exekutive? Exekutive heisst ausführend, vollziehend. Was also soll ein Regierungsrat mit seiner Verwaltung vollziehen? Klar, es sind die vom Volk beschlossenen Gesetze, also der Wille des Volkes. Darum ärgern sich immer mehr Bürger über Ihre Entgleisungen.

Werbung, Information und politische Diskussionen gehören zu den politischen Parteien und den «Volksvertretern», aber ganz sicher nicht zur «Exekutive»! Dazu kommt in diesem Falle eine mehr als verfassungswidrige, ja kurzsichtige Darlegung: Wir sind ein neutrales Land mit einer Armee, die unser Territorium verteidigen soll. Wir sind weder eine UNO- noch eine NATO-Truppe und die Zeit der fremden Kriegsdienste sollte längst vorbei sein! Bei Übungseinsätzen sollten unsere Einheiten mit der Schweizer Topographie und mit unseren Möglichkeiten vertraut werden. So sind Vorteile gegenüber anfälligen Angreifern möglich. Wie also kommen unsere Regierungsräte dazu, im Namen des Thurgauer Volkes derartige Aussagen zu machen? Das ist mehr als ein öffentliches Ärgernis!

*SD Thurgau,
Willy Schmidhauser, Präsident*

Anzeige



**2. Int. Kongress
16. - 18. März 2007
in Bern - Schweiz**

**«Zukunftschance
Gesundheit»**

**Machen Sie mit und
besuchen Sie diesen
Kongress im**

BEAbern
congress

**Wir freuen uns auf
Ihre Teilnahme!**

Ausstellungen und Aktivitäten

- persönliche Kontakte zu Referenten
- Hören über die Haut
- Testen der QuickZap-TENS-Technik
- Blutanalyse mittels Dunkelfeld-Mikroskopie
- METASCAN das bioenergetische Analysesystem
- Literatur / Produkte etc.

Gunther Hausmann, Deutschland
(Gesundheitsberater)

Josua Kohberg, Deutschland
(Businesscoach)

Dr. Dr. sc. Dietmar Cimala, Deutschland
(Wissenschaftler)

Andreas Clauss, Deutschland
(Unternehmer)

Martin Frischknecht, Schweiz
(El. Ing. HTL)

Harry Heutschi, Schweiz
(Finanzexperte)

Uwe Karstädt, Deutschland
(Heilpraktiker)

Dr. Elfrida Müller-Kainz, Deutschland
(Psychologin, Psychiaterin, Philosophin)

Günter Oberschmid, Deutschland
(Yogalehrer und Ayurveda-Therapeut)

Anita Petek, AEGIS Schweiz
(Impfspezialistin)

Armin Risi, Schweiz
(Sachbuchautor und Philosoph)

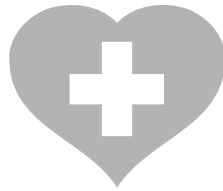
Katharina Schmutz, Schweiz
(Ernährungsforscherin und Schriftstellerin)

Dr. Siegfried Tischler, Österreich/Indonesien
(Geo-Wissenschaftler)

Dr. Beatrice Steingaszner, Deutschland
(Zahnärztin, Ernährungsberaterin, Schriftstellerin)

Dr. Michael W. Trogisch, Thailand
(Arzt Bangkok)

Günter Albert Ulmer, Deutschland
(Präventologe und Buchautor)



Qui perd le Nord?



Mary Meissner,
Vernier

Si la situation actuelle se résumait à l'acquisition d'une boussole pour retrouver la raison, le problème agitant les médias et par conséquent les esprits de nos concitoyens, serait résolu. Je veux parler de l'immigration, de l'intégration, de la dénaturalisation et du renvoi de certains éléments plus que douteux qui sont venus chez nous chercher de l'aide physico-morale et la paix. Ils ont profité de notre compassion généralisée pour infiltrer les véritables réfugiés ou les travailleurs sincères. Or, une fois bien assis aidés par nos subventions humanitaires, ils se condui-

sent comme les boureaux qu'ils ont fui. Les viols, les cambriolages, les courses poursuites, les vols, les dégradations diverses, les insultes, les rackets, les chantages, les arnaques et les violences de toutes sortes, sont devenus monnaie courante atteignant même le cannibalisme dans nos prisons. Si les statistiques sont supposées ne pas mentir, celles qui émanent des bureaux de la police et des mœurs avouent un 70% d'étrangers. Les quelques Suisses ou parents étrangers n'y figurent que minoritairement dans les cas les plus bénins.

A Genève qui a une frontière longue et proche des habitations, la situation est catastrophique. Il n'est pas étonnant qu'ayant perdu le Nord, nos édiles cherchent le meilleur moyen de protéger leurs ouailles de ces exactions qui pourrissent notre vie, mettent en danger notre sécurité et rendent malades nos enfants. Peut-on discuter

du bienfondé de l'expulsion d'éléments douteux et dangereux lorsqu'ils proviennent de pays éloignés de nos concepts démocratiques? S'ils refusent de s'intégrer en apprenant notre langue et en suivant nos lois, mais dans le même temps critiquant notre mode de vie tranquille acquis dououreusement pendant 750 ans de paix interne contre les guerres extérieures, que pouvons nous faire de mieux que de les renvoyer là d'où ils viennent et où ils pourront se défouler à l'envi. Il est inadmissible de faire subir aux hôtes qui les accueillent leur rage, leur mauvaise éducation ou leurs déviances. Et c'est normal que les victimes mettent tous dans le même panier leurs corréligionnaires d'où qu'ils viennent.

Il en est de même en ce qui concerne Israël qui fait subir aux Palestiniens ce qu'ils ont eux-mêmes enduré entre 1939 et 1945 et qui n'a aucun scrupule à emmurer à Gaza

des millions de gens en les affaissant et les laissant crever de soif et de maladie, comme les prisonniers des camps de concentration nazis. Là aussi, une boussole serait nécessaire pour montrer la voie à suivre et ce qu'il ne faut plus faire. Les Etats-Unis eux aussi devraient s'acheter une boussole leur montrant le Nord et pas l'Orient où ils cherchent à déboussole le peu de stabilité acquise, même au prix de régimes totalitaires mais qui surveillent une paix précaire. En créant le chaos comme en Iraq, en Afghanistan ou au Pakistan, ils ont renforcé l'idée de vengeance des islamistes, des talibans et des terroristes, et mis en danger l'ordre occidental déjà en mal de stabilité.

Ah! le monde allait mieux avant les plans saugrenus du mondialisme et la création d'organismes internationaux qui sont incapables de gérer une telle pagaille actuelle et une plus dangereuse à venir.

Le Pileri

Lex Koller, anc. Lex Furgler

Oui-dà, nous sommes devant un problème kafkaïen. Le bon sens voudrait que l'on garde cette loi pour protéger nos montagnes et la tranquillité de nos vallées. Et les Démocrates Suisses en sont les plus fervents défenseurs. Mais il devrait y avoir une distinction à faire dans la solution de ce problème, la vente de chalets et autres bâtiments déjà construits, et l'octroi de permis de construire du neuf. C'est ce dernier point qui doit primer, car concernant certaines propriétés provenant d'une légation après décès d'un parent, l'interdiction de vente à un étranger peut être catastrophique.

Dans ce cas, on pourrait limiter à un an la mise en vente et si après ce laps de temps, seul un acheteur étranger était susceptible d'acheter le bien fonds, il y aurait une permission automatique.

Après la mort de mon oncle qui légua à trois de ses petits neveux, toute sa fortune, dont un chalet et un appartement en montagne, il

fallut procéder à la vente de ce patrimoine, mais à cause de la lex Koller, la procédure dura 5 ans parce qu'il n'y eut aucun Suisse intéressé, sauf un Italien. Pendant ce temps un des légataires fit faillite et ma fille dû emprunter à la banque pour payer l'installation solaire sur le toit de notre maison. Que de frais et d'angoisse inutiles! Il y a lieu de bien réfléchir avant de supprimer cette loi unilatérale-ment.

Délinquance des étrangers

Une série de faits sordides impliquant des étrangers a sainement réveillé la conscience de nos députés de gauche comme de droite. Malheureusement jusqu'à présent, seul le canton de Bâle a osé prendre le taureau par les cornes, les cantons romands restant comme d'habitude à la traîne étant, pourrait-on croire, du côté des délinquants et oubliant les victimes. Le système bâlois consiste à passer un contrat avec l'immigré sous le slogan «encourager et exiger». Ils doivent

s'intégrer socialement et professionnellement. En retour on exige d'eux un respect total des lois en vigueur. En cas de non respect de ces règles, la sanction est sans appel.

L'an dernier les autorités de Bâle ont expulsé 90 personnes en ne renouvelant pas leur permis. Il s'agit de familles venant d'Anatolie, des Balkans ou du Portugal, dont 5 à 10% d'entre eux rencontrent des problèmes scolaires, de chômage et de délinquance. Et ceux qui ne veulent pas suivre des cours d'intégration offensive, comme le dit Thomas Kessler, le responsable de l'intégration, sont expulsés. Plusieurs villes comme Berlin, Vienne ou Hambourg, et Olten appliquent ce système.

Pour la naturalisation, Thomas Kessler propose un système de points. L'immigré qui reçoit, comme au Canada, un permis de séjour est incité à faire des efforts d'intégration et à s'en tenir strictement aux règles en vigueur. S'il atteint un certain nombre de points, il peut demander sa naturalisation. Espérons que l'application des nouvelles lois acceptées par le peuple l'année passée amélioreront la situation.

Commémoration partielle

L'ONU a commémoré hier, l'Holocauste au Palais des Nations de Genève et à New York, les Etats-Unis ont déposé un projet de résolution contre le négationisme. Les lois Gayssot et le 261^{bis} en Suisse, ainsi que le même article de loi dans d'autres pays d'Europe, ne sont-ils pas assez contraignants?

Je me demande pourquoi les délégués internationaux fêtent TOUJOURS la mémoire des victimes des nazis morts dans les camps, année après année depuis 1945, alors que le génocide arménien qui a fait plus de victimes dues au racisme turque et musulman n'est accusé que de temps en temps et que des membres de l'U.E. proposent même d'accepter la Turquie dans l'Union. Après le reportage choquant qui a été présenté à la télévision suisse et française sur les horreurs commises contre tout le peuple arménien chrétien, comment peut-on commémorer seulement la shoah qui a été moins sanglante et destructrice ainsi que l'ont souligné les Iraniens et 67

Pour nous, les femmes, l'enfer est sur terre

Naître femme, ou même être conçue femelle dans le ventre de sa mère, est le prélude à de multiples horreurs dignes d'un film noir. Voyons plutôt ce qui nous attend.

En Chine et en Inde, les embryons et nourrissons filles sont détruits, jetés aux ordures ou noyés. Actuellement ces deux grands pays manquent de femmes et les hommes se rendent compte que rester célibataire toute sa vie ce n'est pas marrant du tout.

En Afrique et dans quelques autres pays d'Amérique du Sud des millions de petites filles sont excisées ou afibulées, ce qui est le comble du sadisme sous prétexte de plaire plus tard à un mari. Doivent elles plaire d'abord avec leurs parties gé-

nitales au prix de souffrances sans fin, pour uriner, lorsqu'elles ont leurs règles, et lors de relations sexuelles. De plus à l'accouchement, elles sont déchirées, et restent sans désir tout au long de leur vie.

Lorsqu'il y a adultère dans les pays musulmans, seules les femmes sont lapidées. Dans les pays occidentaux et industrialisés, elles doivent travailler pour subvenir à leurs besoins en acceptant des salaires bien en dessous de ceux de leurs partenaires masculins et en cas de divorce on rechigne à leur verser des aides pécuniaires pour les enfants qui leur sont toujours confiés. Il y a peu de femmes accédant à des postes à responsabilité ou dans l'armée.

Au cours des guerres qui ravagent depuis des siècles tous les pays du globe, ce sont elles qui se font violer sauvagement. Par dessus le marché dans les pays où les mafias sévissent, elles sont embarquées avec des promesses mirobolantes qui les sortiront de leur misère, mais en réalité les jettent dans des bordels étrangers où elles sont traitées comme des esclaves.

Il y a les trafics de bébés qu'on leur vole à la naissance, et beaucoup d'enfants élevés dans les madrassas tabassent leurs mères au moindre refus. Combien croient à des mariages heureux avec un partenaire qui se révèle ensuite un bourreau du travail ou du sexe.

Leurs salaires n'atteint jamais la parité avec celui des collègues masculins et souvent même, les plus qualifiées ne sont engagées que dans des postes subalternes. Les grands couturiers les prennent pour des mannequins de cire et les affublent d'oripeaux souvent ridicules. Les coiffeurs jouent avec leur chevelure et inventent de plus en plus de tignasses hirsutes ou mal coiffées, les faisant ressembler à des singes.

Les plus malheureuses aujourd'hui sont les Africaines sidéennes qui mettent au monde par dizaine, des enfants malades à leur tour. Qui parle de les stériliser pour éviter ces futurs charniers d'enfants innocents. Et qui oserait stériliser les hommes?

Qui a toujours le beau rôle qui est réellement le plus abject? Qui porte l'enfant pendant neuf mois, qui hurle de douleur à l'accouchement, qui doit obéissance au mâle?

Qui doit marcher voilée, ou pire masquée de cuir? Qui doit porter la burqa? Qui doit baisser le regard, devant les hommes? Qui doit trimmer aux champs, à la ferme et au fourneau? Qui doit marcher un pas derrière le chef de famille?

Elles sont rares celles qui sortent la tête de cet océan de dégradations, de misère et de larmes! Doit-on encore souhaiter mettre au monde une fille?

Et dire qu'il y a des transsexuels hommes qui se font charcuter pour devenir femme... Que de paradoxes incompréhensibles!

Qui viendra à notre secours?

Maria de Seïnmers



Qui doit porter la burqa?

Le Piloni...

Suite de page 13.

écrivains et chercheurs d'une trentaine de pays lors d'une conférence internationale à Téhéran il y a un mois! A souligner que les Juifs ont obtenu un territoire national, tandis que les Arméniens survivants sont toujours en attente du leur. Eux aussi ont droit à leur holocauste, mais évidemment, ils n'ont pas un Congrès Juif Mondial derrière eux!

Impôts, la guerre des sous

Au lieu de dépenser tant d'énergie à fustiger Montebourg et ses bourdes, ne vaudrait-il pas mieux nous regarder nous mêmes à Genève et faire notre mea culpa? Sommes-nous tellement parfaits pour ne pas nous remettre en question à commencer par nos finances? Au lieu

d'extrapoler les arrangements fiscaux qui sont quand-même les bienvenus, ne vaudrait-il pas mieux s'attaquer à nos subventions? Dans nos trois milliards de dettes, figurent 370 associations, groupements, fondations, colonies, théâtres, réseaux, locaux, écoles albanaise, conférences, antennes, manifestations diverses, aide aux homosexuels, etc., dont plus de 100 pourraient être supprimés. Le pire est qu'en parcourant la liste de ces subventions, les plus élevées vont à des sociétés déjà supportées par leurs membres et partiellement par nos impôts, alors que les plus petites sont distribuées au compte goutte à des groupes protégeant notre environnement, et rien aux animaux.

Quand donc nos grands argentiers comprendront-ils l'urgence d'une redistribution plus équilibrée à des

manifestations vraiment nécessaires et la suppression aux farfelus de tous bords pour qu'ils votent en leur faveur, sans prendre en considération les économies qu'il serait bon de faire pour essayer d'équilibrer le budget!

Les Suisses déchantent

A Genève, il n'y a plus beaucoup de terrain à bâtir, alors des dizaines de Suisses choisissent la France pour y construire leur villa. Les employés des organisations internationales suivent eux aussi ce chemin, car il faut ajouter à cet exode, les prix de terrain et de construction bien moins élevés qu'en Suisse.

Mais voilà! Il y a tellement de demandes en France, que les entre-

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Coopération suisse dans le monde et excision

Je reçois régulièrement le rapport de l'Unicef indiquant les efforts faits dans une trentaine de pays africains pour sauver des millions de fillettes, futures femmes et mères, de l'horreur et de l'inhumanité de l'excision.

Dans le même temps, je lis dans mon journal quotidien que la Suisse continue à distribuer des subventions via le DDC soutenu par les affaires étrangères, à une douzaine de pays africains qui appliquent l'excision. Or ce sont les mêmes pays qui refusent de supprimer cette pratique honteuse de l'excision,

qui acceptent l'argent de l'aide à la coopération.

Ne serait-il pas temps de faire pression sur ces pays aux pratiques infâmes et interdites par les Droits de l'être humain, en supprimant tout aide humanitaire concernant l'agriculture et surtout la santé qui devrait inclure l'excision, cette opération étant la cause première d'une quantité de maladies handicapantes? Je demande aussi à l'Unicef de faire pression dans ce sens sur nos institutions s'occupant de ces questions.

Ainsi au lieu de 3 millions d'en-

fants mutilées à vie, n'y en aurait-il ne serait-ce qu'un tiers de moins, que ce serait une première victoire. Puisque les discours et les explications médicales n'entrent pas dans le cerveau obtu et têtue des excisuses soutenues par leur gouvernement et leurs mosquées, attaquons nous au nerf de la guerre, l'argent et les médicaments.

Cette lutte difficile et inégale dure depuis des années sans grand succès. Il faut donc changer de tactique puisque l'OTAN ou tout autre armée de mercenaires n'ira pas se faire trucider en Afrique pour sau-

ver des femelles tuées par ailleurs en Inde et en Chine avant ou après leur naissance, parce que ce sont des enfants de sexe féminin.

Outre les pays africains il y a le même problème ailleurs dans le monde, mais le DDC n'a aucun moyen de pression, tandis que l'UNICEF peut continuer à lutter sur un autre plan en suscitant l'application de mesures de rétorsion spécifiques. Pourquoi tant de souffrance inutile et pourquoi ce manque de conscience ou d'intérêt pour cette misère humaine précoce?

Charlotte Morel

En parcourant la presse

Dumping salarial

Comme il fallait s'y attendre, le dumping salarial prévu en cas d'ouverture des frontières se confirme de plus en plus. A Genève la libre circulation des personnes est à l'origine de ce «phénomène» que les Démocrates Suisses avaient prévu non pas comme phénomène, mais comme une catastrophe humaine importante abaissant le niveau de vie des habitants de ce pays.

A Genève, on a délivré en novembre, 1071 permis de travail (en plus de ceux déjà remis en mains propres durant l'année), alors qu'en 2005, il n'y en avait que 683.

Parmi ceux-ci, 73.7% ont été octroyés à des frontaliers qui se font passer pour tels alors qu'ils viennent de toute l'Europe. Le dumping salarial pour la même période passe probablement la barre des petits pourcentages prévus et promis benoîtement par nos autorités, mais il est impossible d'obtenir les chiffres exacts de la part des responsables très peu coopératifs en la

matière. Comme quoi le mensonge est toujours payant en politique, pour ceux qui nous flouent!

L'impôt fédéral direct remis en cause

Les radicaux pensent qu'en lançant tout de go leur idée de supprimer l'IFD, va le faire remonter dans les sondages. Quelle erreur! Avant de

dire de telles sornettes, ils devraient prendre leur calculatrice. Voici ce que cela donnerait en cas de changement fiscal, tel que relevé dans la Tribune de Genève:

(tableau en bas)

Il est certain que les arguments en faveur d'une telle suppression pour être remplacée par un taux de TVA frôlant les 14% n'a rien d'attrayant, surtout lorsqu'on s'aperçoit que ce

sont les plus hauts revenus qui vont bénéficier de ce changement. Quelle mouche a piqué les radicaux? Sont-ils prêts à entrer dans l'Union qui impose des taux de TVA beaucoup plus élevés pour contrer Cahny-Rey socialiste qui vient de moucher Montebourg accusant notre pays de jouer à la bourse avec nos impôts? Il y a vraiment de l'eau dans le gaz au Conseil fédéral! Surtout lorsque notre conseillère affirme que les lois suisses sont transparentes et qu'il appartient au peuple de les modifier s'il estime que c'est nécessaire. Mais c'est loin d'être le cas dans l'optique des radicaux.

Quant aux arguments de Mme Micheline pour une coopération plus présente partout dans le monde, là aussi il y a des choses à critiquer. Notre pays surendetté a-t-il vraiment les moyens de jouer au mécène comme certains milliardaires étrangers ne redistribuant que de l'argent gagné sur le dos de leurs acheteurs y compris nous? Mais eux n'ont pas à construire des routes, des tunnels, des stades envahis par des hooligans qui émargent au budget de nos policiers et gendarmes... Et ils sont loin d'arroser la planète tout entière de leurs deniers!

(Projection du parti socialiste)

Famille avec deux enfants	Diminution impôt IFD	Charge supplémentaire TVA à 14%	Evolution de la charge fiscale
Revenu annuel brut	par an	par an	par an
27 000.-	0.-	+ 1536.-	+ 1536.-
40 800.-	0.-	+ 2016.-	+ 2016.-
50 000.-	- 10.-	+ 2300.-	+ 2290.-
66 000.-	- 158.-	+ 2688.-	+ 2530.-
75 000.-	- 270.-	+ 2970.-	+ 2700.-
100 000.-	- 932.-	+ 3740.-	+ 2808.-
175 000.-	- 5988.-	+ 5880.-	- 108.-
250 000.-	- 15 257.-	+ 8000.-	- 7257.-
500 000.-	- 46 106.-	+ 16 000.-	- 30 106.-
1 000 000.-	- 106 582.-	+ 32 000.-	- 74 582.-

Le Pileri...

Suite de page 14.

prises du bâtiment engagent à tour de bras des ouvriers polonais. Or, si vous avez souvenance, nous avions mis en garde les citoyens avant les votations sur Schengen, informant que nous serions envahis, en cas d'acceptation, par ces ouvriers venant de l'Est et travaillant comme des manches. Ayant vécu dix ans en Pologne et tout de suite après la guerre, j'avais pu constater la mauvaise facture des constructions bâclées, des tuyauteries mal raccordées, des douches et prises

de courant s'arrachant des murs, des catelles de ginguois et des bagnoires écaillées par une pose trop rapide et peu conventionnelle.

Bizzarerie de la justice

Ainsi, on exige des citoyens qui se font attaquer, voler ou agresser violemment, de peser leurs sentiments et de réfléchir avant de se défendre!

Les lois sèches et dures qui régissent les braquages et autres joyeusetés, ne tiennent aucun compte des réactions engendrées par la ra-

ge et la peur, lorsqu'un citoyen se trouve devant un quidam en train de dévaliser son appartement, de brûler sa voiture ou d'arracher son sac à main. La réplique peut être foudroyante ou plonger la victime dans une sorte de catalepsie. Alors si l'on veut se défendre et défendre son bien, on attrapera le premier objet venu, un candélabre, une bouteille pleine, un marteau ou un revolver pour ceux qui ont la chance d'en avoir un. Dans la bagarre, le malfrat peut être blessé, tant mieux, mais aussi être tué, tant pis, il l'a cherché.

Le comble est l'attitude des avocats et des juges qui ont le culot, en cas de mort, d'accuser la victime d'avoir commis un assassinat, et de lui infliger une peine de prison. C'est vraiment le monde à l'envers et j'appelle cela de l'injustice. Il en est de même vis-à-vis d'un policier qui n'a qu'une seconde pour tirer afin de sauver sa vie ou celle d'une autre personne. En cas de décès du malfrat, la justice a le culot de l'arrêter pour le juger alors qu'il a été formé pour ce genre de cas. Quelle dérision...

Octopus



Multikulturell = Multikriminell

Vor vielen Jahren hat der Schweizerische Presserat die ihm angeschlossenen Zeitungen und Zeitschriften aufgefordert, bei ausländischen Tätern die Nationalität nicht zu erwähnen, um die «Ausländerfeindlichkeit in der Schweiz nicht unnötig anzuheizen». Die Schweizer Demokraten wollen sich dieser Pressezensur nicht unterwerfen. Deshalb veröffentlichen wir in dieser Rubrik regelmässig die Nationalität von ausländischen Gewalttätern und, soweit bekannt, auch die ehemalige Staatszugehörigkeit von eingebürgerten Ausländern.

– Aus AZ 8.1.2007: Brugg (AG): Haupttitel: «Wenn dem Kind etwas passiert, ist er tot», Untertitel: «Selbst im Gerichtssaal hielt der Angeklagte nicht mit Drohungen zurück». Hier nur einige wenige, aber für die Mentalität gewisser Leute bezeichnende Aussagen: «Ich habe einfach ein Problem mit diesen Leuten», meinte der Angeklagte, ein junger Mann aus dem ehemaligen Jugoslawien, vor dem Bezirksgericht Brugg (AG). Vorgeworfen wurde dem Angeklagten,

seine Exfreundin, deren Vater und deren Exfreund per Natel wiederholt nicht nur beschimpft, sondern mit Erschiessung bedroht zu haben. So unter anderem deponierte er auf die Combox des Natels des Vaters folgende Meldung: «Ich wollte fragen, ob Sie anwesend sind. Ich will meine Kalaschnikow ausprobieren.» Weiter in der AZ: Aber auch gegenüber einem Mitarbeiter einer Arbeitslosenkasse war der Angeklagte verbal ausfällig geworden. Später drohte er am Telefon, dass er «nach Feierabend erscheinen und mit diesen Hurensöhnen abrechnen» werde. Und weiter: Bereits zum wiederholten Mal hatte sich der Angeklagte wegen gleicher Delikte vor Gericht zu verantworten. Nachdem bedingt ausgesprochene Strafen offen-

sichtlich keine Wirkung gezeigt hatten, beantragte die Staatsanwaltschaft jetzt eine unbedingte Gesamt-Freiheitsstrafe von 14 Monaten und 500 Franken (!) Busse. Und am Schluss des längeren Artikels schreibt die AZ: Das Bezirksgericht sprach zwar noch kein Urteil aus. Der Vorsitzende hielt jedoch fest: «Die neue Strafe muss zwingend unbedingt ausfallen.» Nach weiteren Ausführungen unterbrach der Angeklagte den Gerichtspräsidenten und sagte klar und deutlich: «Wenn dem Kind was passiert, ist er tot.» Wen er meinte, liess er offen. (Bemerkung der Redaktion: Wenn solche Typen nicht endlich ausgewiesen werden, ist es nicht verwunderlich, dass sich gewisse Ausländer in der Schweiz alles erlauben und immer unverschämter werden.)

– Aus AZ 9.1.2007: Balzers (FL) «Fussballer schlagen Schiri spitalreif». Aus dem Text: Bei einem Hallenfußballturnier (solche Turniere sind bekanntlich «Freundschaftsspiele») hat eine Mannschaft nach einem verlorenen Spiel den Schiedsrichter spitalreif geschlagen. Die Spieler, alles Ausländer, griffen den Schiri an, streckten ihn mit einer Kopfnuss zu Boden und malträtierten ihn mit Fusstritten gegen Kopf (!) und Körper. Der Schiri musste ins Spital Vaduz eingeliefert werden. (Bemerkung der Redaktion: Die Motion, die unser Nationalrat Bernhard Hess (SD/BE) Ende Dezember 2006 im Nationalrat eingereicht hat, war

also längst am Platz. Hess verlangt darin, dass «Wer einen Schiedsrichter tätlich angreift, soll künftig automatisch strafrechtlich belangt werden». Hoffen wir, dass Bernhard Hess denselben Erfolg haben wird wie 2003, als das Parlament seine Motion überwies, dass «Übergriffe auf das Personal in öffentlichen Verkehrsmitteln als Officialdelikt zu ahnden seien».

– Aus AZ 14.1.2007: Wildegg/Aarau: Haupttitel: «Betagten Frauen Taschen geklaut», Untertitel: «Vier Jugendliche hatten es auf gehbehinderte Seniorinnen abgesehen.» Die Kapo Aargau hat das Ermittlungsverfahren gegen die Täter ab-

geschlossen, die sich Ende November bis Mitte Dezember 2006 leichte Opfer ausgesucht hatten. Die vier Täter sind: ein 16-jähriger Sri Lanker, ein 16-jähriger Italiener, ein 15-jähriger Libanese und ein 15-jähriger Serbe (ein «schöner» Multi-Kulti-Mix, die Red.). Ihre Taten: 1.) Der Serbe und der Sri Lanker bedrohten kurz vor Weihnachten in der Bahnhofunterführung von Wildegg (bei Aarau) einen 13-jährigen Schweizer und forderten Geld. **Als sich dieser weigerte, wurde er vom Serben mit der Faust ins Gesicht geschlagen, gewürgt und erhielt einen Kopfstoss.** 2.) In Aarau hatten der Sri Lanker, der Italiener, der Libanese und ein vierter nicht ermittelter Komplize einer 88-jährigen Frau die Handtasche geklaut und dabei 100 Franken erbeutet. 3.) Ebenfalls in Aarau hatten der Sri Lanker und der Italiener einer 96-jährigen Frau die Handtasche mit 300 Franken aus dem Korb ihrer Gehhilfe gestohlen. (Bemerkung der Redaktion: Bei der 96-Jährigen waren nur zwei Täter nötig, bei der «jungen» 88-Jährigen mussten sie schon zu viert sein. Kommentar: «mutig, mutig»)

– Aus AZ 14.1.2007: In Flaach (ZH) ist eine Bank überfallen worden. Drei Stunden später verhaftete die Kapo vier Verdächtige, drei 35, 41 und 55 Jahre alte Männer und eine 44-jährige Frau. Leider war im ganzen Artikel kein Hinweis auf die Nationalität der Täter zu finden, also muss angenommen werden, dass es sich um Ausländer handelt, denn bei Schweizer Tätern wäre diese Tatsache sicher bereits gross im Titel gedruckt wor-

den. (Bemerkung der Redaktion: Bei einer späteren Einbürgerung wird diese (und evtl. noch weitere Straftaten) dann wohl als «Jugendsünde» bezeichnet werden.)

– Aus AZ 14.1.2007: In Hedingen (ZH) verprügelt ein 16-jähriger «Schweizer Bürger» aus dem ehemaligen Jugoslawien am Bahnhof einen 39-jährigen Monteur und lässt ihn schwer verletzt liegen. Der Mann stirbt tags darauf an seinen Verletzungen. (Bemerkung der Redaktion: Hauptsache, er ist eingebürgert und kann somit nicht ausgewiesen werden – es lebe das Verbrecherland Schweiz).

Schlussbemerkung der Redaktion:

Ein «kleiner» Fortschritt in der Medien-Berichterstattung ist, dass die Nationalität bei Straftaten von Jugendlichen nicht mehr totgeschwiegen wird. Früher hiess es jeweils, dass zum «Schutz der Jugendlichen» eine genauere Beschreibung fehlt. Offenbar dämmert es auch in Journalistenhirnen langsam, dass nicht mehr alle Jugendliche «Kinder» sind. Vielleicht wäre mal ein Vorstoss im Parlament nötig, der verlangt, dass das Alter herabgesetzt wird, ab wann Jugendliche vor Gericht als Erwachsene behandelt werden können.

Dragan Najman, Baden

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Kleber-Bestellung

Wir möchten gerne wie folgt Kleber «Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen» beziehen:



- 3 Kleber gratis
- 50 Kleber (Fr. 10.–)
- 100 Kleber (Fr. 20.–)
- _____ Kleber

Liefer- und Rechnungsadresse:

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern